

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 41.

Sonnabend, den 12. Oktober 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Grundzüge zu einer Geschichte der deutschen Gewerkschaften. I. — Wirtschaftliche Rundschau. — Direktor Lubny und Kollege Steininger als Angeklagte. — Korrespondenzen. — Eine wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. — Rundschau. — Literarisches. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Die moderne Denkmalkunst auf den Friedhöfen. III. — Die Wirtschaftskämpfe der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911. II. — Die Erwerbslosenunterstützungs-Vorlage des Bauarbeiter-Verbandes. — Feuilleton: Zwei große Talsperren. — Aus der Schatindustrie. — Die Millionenbruderei.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperzt sind:** Niedermendig; Deutsche Steinwerke. — Wellerode; Firma Siele & Comp. — Nördlingen; Trachtwerk Vetter. — Hasserode; Sandtal; Granitwerke Steinerne Renne. — Mühlhausen (Esf.); Werkplatz Bröcker. — Saarbrücken (Rhd.); Fa. Schmucker. — Wolfshagen; Pflastersteinbetrieb von Giedeon.

**Weihenstadt** (Nichtelgebirge). Die Lohnbewegung im Granitwerk Heinrich ist für die Kollegen günstig verlaufen.

**Nördlingen.** Die Firma Arnold Söhne sucht ständig für ihren hiesigen Steinbruchbetrieb Arbeiter bei hohen Löhnen. Der versprochene Lohn wird selten verdient und bezweckt die Firma nur, die Leute am Orte zu drücken. Arbeitssuchende Arbeiter sollten nur nach hier gehen, wenn ihnen der versprochene Lohn schriftlich garantiert wird.

**Schweiz.** Laufen ist zu meiden.

**Oesterreich.** Gesperzt sind: Reichenberg, Gablonz, Triest, Marbach, Budapest, Gbör, Georgsmalhe (Böhmen).

## Grundzüge zu einer Geschichte der deutschen Gewerkschaften.

Nachdruck verboten.

In der Schwelle aller Gewerkschaftsgeschichte steht die Frage: In welchem Umfange hat das alte zünftige Organisationswesen des deutschen Handwerks die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung unserer Tage beeinflusst? Mit Recht haben sich die neueren gewerkschaftlichen Geschichtsschreiber um die Aufhellung dieser Frage bemüht; denn es verbindet sich damit mehr als ein akademisches Interesse. Für die soziale Wertung der Gewerkschaftsbewegung ist es nicht unerheblich, durch die geschichtliche Forschung darzutun, wie schon lange vor unserer Zeit Interessengegenstände bestanden, die zu ähnlichen Organisationen den Anstoß gaben, wie es die Gewerkschaften von heute sind. Der Nachweis, um den wir uns vielfach bemühen müssen, daß unsere Organisationen das natürliche Ergebnis des Interessengegenstandes und daß sie damit gerechtfertigt sind, wird am schlagendsten geführt, indem wir durch den Hinweis auf die geschichtlichen Tatsachen beweisen, wie schon lange vor unserer Zeit die gleichen Ursachen zu den gleichen Wirkungen führten.

Sicherlich hat die alte zünftige Gewerkschaftsorganisation die Entstehung unserer heutigen Gewerkschaften beeinflusst. Wir können diesen Einfluß in einzelnen Fällen unmittelbar nachweisen, für das Baugewerbe besteht er zweifellos; hier ist oft die heutige Organisationsform unmittelbar aus der alten hervorgegangen, manchmal unter offensichtlichster Förderung, zuweilen auch unter heftigem Widerstreben. Aber wir müssen einen Einfluß, wenn auch nur einen mittelbarer Art, nahezu allgemein annehmen, schon um Erscheinungen zu deuten, die wir uns sonst kaum erklären können. Zu diesen Erscheinungen gehört insbesondere das späte Eindringen der Gewerkschaften in das südliche — Deutschland, das bei fast allen Gewerben zu beobachten ist. Wir hatten in Nord- und Mitteldeutschland schon starke, erfolgreich wirkende Gewerkschaften, als in Süddeutschland — diesen Begriff auch auf Hessen, Rheinland und den südlichen Teil Thüringens ausgedehnt — erst kaum die ersten Ansätze zur Organisation vorhanden waren. Das ist nicht etwa durch die verschiedene Stärke der industriellen Entwicklung zu erklären; denn man wird nicht behaupten können, daß darin z. B. die Provinz Schleswig-Holstein etwas vor Baden voraus habe, oder daß Mecklenburg stärker industrialisiert sei als Württemberg, und ebenso wenig wird man den Grund dieser Erscheinung in der Verschiedenheit der politischen Bildung des Volkes sehen können: wir stoßen hier vielmehr auf Ursachen, die uns den Einfluß der alten zünftigen Gewerkschaftsorganisation auf das neuzeitliche Organisationsstreben als eine nicht zu unterschätzende Triebkraft im Dienste des gewerkschaftlichen Gedankens erkennen lassen.

Allerdings hat sich dieser Einfluß nicht immer so geäußert, daß er ganz deutlich und zweifelsfrei nachzuweisen ist. Wir müssen vielmehr annehmen, daß durch das längere Fortbestehen der alten zünftigen Gesellenorganisation der Korpsgeist unter den Berufsgenossen wachgehalten wurde, die dadurch an das Zusammenwirken gewöhnt waren und dem Organisationsgedanken in seinem neuen gewerkschaftlichen Gewande leichter zugänglich waren.

Es ist aber das Gebiet nördlich und östlich des Thüringer Berglandes, wo sich die zünftige Gesellenorganisation bis weit ins 19. Jahrhundert hinein erhalten hatte, wenn auch nur, im Vergleich mit seinem früheren Wesen, in schattiger Gestalt. Warum sie sich hier länger erhalten hat als dort, gehört zu den noch nicht aufgestellten Punkten deutscher Geschichte. Die Gesetzgebung war mindestens von der Mitte des 18. Jahrhunderts an den Gesellenverbänden im ganzen deutschen Sprachgebiet sehr ungünstig. Doch wie dem auch sei, wir haben anzunehmen, daß dies längere Fortbestehen der zünftigen Gesellenorganisation im Norden Deutschlands der Ausbreitung der Gewerkschaften in vielen Fällen förderlich gewesen ist, wenigstens dort, wo sie nicht Wesenszüge der heutigen Gelben angenommen hatte, was vereinzelt vorgekommen ist.

Die mit dem Handwerk im Mittelalter entstandene Gesellenorganisation wird vielfach falsch beurteilt. Oft geht man von der Ansicht aus, als habe es sich dabei um einen Teil der gemeinsamen Organisation der Meister und Gesellen gehandelt, die nur aus formalen Gründen in eine Meister- und eine Gesellenlade geteilt gewesen sei. Das trifft nicht zu. Wohl wurden die Gesellenorganisationen in den ersten Jahrhunderten, als sich ihre Tätigkeit in der standeswürdigen Vertretung der Gesellenschaft bei den kirchlichen Festen und in der Unterstützung erkrankter oder sonst bedürftiger Berufsgenossen erschöpfte, von den Meistern geduldet und sogar begünstigt, aber schon am Ausgange des Mittelalters wurden sie mehr und mehr ausgesprochene Kampforganisationen gegen die Meisterzünfte.

In diesem Wandel des Wesens der Gesellenverbände drückt sich der Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse aus, der in jener Zeit eingetreten war und vornehmlich das städtische Handwerk mächtig ergriffen hatte. In der Frühzeit des Handwerks wurde sein Wesen hauptsächlich dadurch bestimmt, daß es für einen örtlich begrenzten Markt arbeitete. Infolgedessen mußte der Handwerksbetrieb in jener Zeit Kleinbetrieb sein. Geselle und Meister arbeiteten zusammen. Sie aßen an einem Tische und wohnten unter einem Dache. Es bestand also kaum ein merkbarer Unterschied in der Lebensführung der beiden. Zudem hatte der Geselle die meistbegründete Aussicht, nach Ablauf einer bestimmten Zeit selbst Meister zu werden. Er fühlte sich infolgedessen nicht als Angehöriger einer anderen Klasse als der Meister, sondern konnte den zwischen ihnen bestehenden Unterschied nur als einen Altersunterschied empfinden, den der Lauf der Jahre beseitigte. Aber so blieb es nicht immer. Bald verringerte sich die Möglichkeit für die Gesellen, in den Meisterstand aufzurücken. Die Zünfte schlossen sich gegen den Nachwuchs ab oder trafen Bestimmungen, die es großen Teilen der Gesellenschaft dauernd unmöglich machten, selbständig zu werden. Schon das führte zur Bildung einer Gesellenschaft, die mehr und mehr die Wesenszüge des Lohnarbeiters annahm. Auch die Produktionsbedingungen des Handwerks änderten sich und bewirkten ebenfalls die Vergrößerung des Interessengegenstandes zwischen Meister und Geselle. Mit der Verbesserung der Verkehrsmittel und der Erhöhung der Rechtssicherheit weitete sich das Absatzgebiet. Mit der Ausnützung der dadurch gebotenen Absatzmöglichkeiten konnte der Handwerksmeister seine Warenherstellung steigern, seinen Betrieb vergrößern und die Zahl der für ihn arbeitenden Gesellen vermehren. Nun stellte die Erziehung eines selbständigen Betriebes weit höhere Anforderungen an das Vermögen dessen, der Meister werden wollte. Damit war wieder einer großen Zahl Gesellen das Aufsteigen in den Meisterstand erschwert.

So lag mit dem Interessengegenstand zwischen Meister und Geselle auch der Geist des Kampfes in die Gesellenverbände ein.

Aber der Kampf gegen die Meister um bessere Arbeitsbedingungen wurde auch bald ein Kampf mit der Obrigkeit um das Koalitionsrecht. Auf Drängen der Stände erließ der alte Reichstag ein Reichstagsgutachten, das im Jahre 1726 verhängt wurde und das die Einzelstaaten zur Grundlage ihrer Gewerbepolitik machten. Das Reichsgesetz von 1731 setzte dann das Siegel unter die allgemein vollzogene Beseitigung des Koalitionsrechts. Doch wenn damit auch die Gesellenverbände beseitigt waren, so konnten doch nicht die Interessengegenstände aus der Welt geschafft werden. Diese dauerten weiter an und trieben die Gesellen zu immer neuen Kämpfen. Ein Halbdunkel liegt über den Arbeiterkämpfen der Vergangenheit. Wir wissen über die Sklavenaufstände im alten Rom mehr als über die Gesellenstreiks im Deutschland des 18. Jahrhunderts. Das ist ein Beweis für die himmelweite Entfernung, die schon damals zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den bestehenden Klassen bestand. Erst jetzt fördert die Forschung allmählich jene Ereignisse zutage, die uns ein schwaches Bild von der Schärfe der damaligen Kämpfe geben.

Allerdings darf man sie nicht mit den Arbeiterkämpfen der Gegenwart vergleichen. Sie waren selbstverständlich bei weitem nicht so zahlreich und auch nicht im entferntesten so groß wie diese. Es waren Auflehnungen bis aufs Mark ausgepreßter Menschen, die den Wurf wagten, obwohl sie wußten, welche schwere Strafen ihrer harrten. Um so verzweifelter war ihr Kampf. Man sah streikender Geselle mußte seinen Wagemut mit lebenslanger Karrenstrafe, und mancher gar am Galgen büßen.

Die Koalitionsverbote bestanden überall, auch in England und selbst in Frankreich, das in der großen Revolution die Freiheit alles dessen, was Menschenantlig trägt, so gewaltig verkündet hatte. Nur der junge nordamerikanische

Freistaat machte davon eine Ausnahme, was aber vielleicht auf das Bestehen der Sklaverei zurückzuführen ist. In Preußen machte die Gewerbeordnung von 1845 die Bildung von Arbeitervereinen von der Genehmigung der Polizei abhängig. Das Jahr 1848 ließ zwar gewerkschaftsähnliche Organisationen entstehen, doch da ihnen die Rechtsgrundlage fehlte, so machte die folgende Reaktionszeit bald wieder reinen Tisch damit. Im Jahre 1854 wurde das Koalitionsverbot auf die Landarbeiter und 1860 auf die Bergarbeiter ausgedehnt.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Neue politische Krisen. — Günstige Reichsbanklage am Quartalschluß. — Die letzten heimischen und internationalen Ernteschätzungen.

Die Hausstimmung, in der soeben nach alles glückstrahlend sich sonnte, hat plötzlich durch die Balkanwirren eine jähe Unterbrechung erfahren. Am Nachmittag des 30. September nahmen die Gerüchte über die Mobilmachungen in Bulgarien, Serbien und Griechenland zum erstenmal eine ganz bestimmte, amtlich unbestrittene Form an, und sofort antwortete die Frankfurter Abendbörse mit beträchtlichen Kursrückgängen: bei hervorragenden Bankwerten um 2 Prozent (Berliner Handels-Gesellschaft) und sogar um 3 1/2 Prozent (österreichische Kreditaktien). Ähnlich saßen die Montanwerte: Gelsenkirchener Bergwerk von 211 1/2 auf 209, Deutsch-Luxemburg von 186 1/2 auf 183 1/2, Bochumer Verein von 242 1/2 auf 237 1/2. An der Pariser Börse trat eine ganz außerordentliche Verteuerung der Vorkursaktien ein. Während sonst für diese Jahreszeit der normale Satz, je nach der Art und dem Zweck des Darlehens, etwa 3 bis höchstens 4 1/2 und 5 Prozent beträgt, mußte man diesmal bereits 4 bis 6 Prozent zahlen. Nur der Septemberschluß des Vorkurses 1911 zeigte, weil damals gerade die Marokkoauseinandersetzung ihren kritischen Höhepunkt erreicht hatte, ungefähr die gleichen Ziffern. Die Londoner Börse befandte gleichfalls, obwohl zunächst ohne starke Erschütterungen, eine allgemeine Ermattung. Die Berliner Börse hatte schon auf die vorangegangenen bloßen Vermutungen und Gerüchte hin eine merkbare Verflaumung erlitten: sowohl in Bananaktien- und Montanpapieren wie in Schiffahrts- und Elektrizitätswerten; auch die dreiprozentigen heimischen Anleihen büßten am 30. September gegen 1/2 Prozent ein.

Die eigentliche Panik brach jedoch erst der folgende Tag, der 1. Oktober. Der Verkaufskurs war in Werten aller Art einermassen heftiger, daß alle Beruhigungsversuche der Interessenten und Banken durch Deckungs- und Interventionskäufe verfruchteten. In Berlin waren in der ersten Börsensunde Kursstürze von 10 und sogar 16 Prozent bei namhaftesten Wertpapieren nichts Seltenes, und gerade die Montan- und Schiffahrtswerte erlitten den stärksten Druck: Gelsenkirchen beispielsweise erlitt im Handumdrehen einen Kursrückgang von nicht weniger als 16 Prozent. Erst allmählich kehrte eine etwas größere Ruhe zurück, zahlreiche Kurse erholtten sich wieder ein wenig, aber das Schlußbild am 1. Oktober blieb, verglichen mit dem jenseitigen schon nicht günstigen Vortage, niederschmetternd genug. Auf dem Montanmarkt verloren Gelsenkirchener immer noch gegen 13 Prozent, Harpener und Deutsch-Luxemburg 8 1/2 Prozent, Laurahütte und Bochumer 5 Prozent — von den Schiffahrtswerten die Hamburg-Amerika-Linie (anfangs 13 1/2, schließlich 8 1/2 Prozent, Norddeutscher Lloyd 6 1/2 Prozent — von den Elektrizitätswerten die große A. E. G. sowie Siemens u. Halske 5 Prozent, Schuckert 6 Prozent — von den Großbanken die Deutsche Bank 4 1/2 Prozent, die Dresdner Bank 3 1/2 Prozent, die meisten anderen Banken mindestens 2 Prozent. Ähnlich war die Haltung der Wiener Börse, während London und Paris sich ruhiger verhielten. In Petersburg hatten besonders die russischen Industrieaktien einen schweren Kurssturz durchzumachen, in denen vorher seit Monaten eine starke Ueber speculation stattgefunden hatte.

Dies war um so bitterer, als gerade die letzten Vortage recht erfreuliche Erfahrungen geboten hatten. Vor allem war es eine angenehme Ueberbahrung, daß die Reichsbank über die, alle Geld- und Kreditkräfte anspannende Quartalswende ohne Diskontenerhöhung hinwegkam. Nach den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein, am 28. September vor dem Zentralausschuß, unterschied sich die Entwicklung des Status während des ganzen Septembers sehr zu ihren Gunsten nicht nur von dem Vortage, daß sich ja für den September aus den bekannten politischen Gründen überhaupt nicht zum Vergleich eignet, sondern auch von den vorausgegangenen Jahren. Während der August sonst in seinem Verlauf keine erhebliche Steigerung der Inanspruchnahme der Reichsbank bringt, dagegen der September diese Inanspruchnahme von Woche zu Woche zu steigern pflegt, zeigte das laufende Jahr eine umgekehrte Entwicklung, im August eine gegen das Vortage zunehmende Verschlechterung des Status und eine gleiche Verschlechterung in der Bewegung der privaten fremden Gelder. Dagegen brachte der September neben einer zwar ansehnlichen Steigerung des Wechselkontos doch eine noch wesentlich stärkere Zunahme der privaten fremden Gelder, namentlich auch auf den Konten der Banken, die beträchtlich über die aller Vortage hinausgeht und selbst die des Jahres 1911 erheblich hinter sich läßt. Infolgedessen hat die Inanspruchnahme der Reichsbank auf Wechsel- und Lombardkonto, abzüglich der privaten fremden Gelder, in dem Zeitraum vom 31. August bis 23. September, die im Vortage eine Steigerung von 107, in den beiden vorausgegangenen Jahren eine solche von 11 und 13 Millionen Mark aufwies, in diesem Jahre eine Minderung von 57 Millionen erfahren, und der Gesamtstatus der Reichsbank, gemessen an den ungedeckten Noten, der im Vortage eine Verschlechterung um 74 Millionen, in den beiden vorausgegangenen Jahren eine Besserung von 39 und 42 Millionen zeigte, hat sich in diesem Jahre in dem gleichen Zeitraum trotz der gegen die Vortage noch lebhafter gewordenen wirtschaftlichen Entwicklung um 108 Millionen gebessert, eine Ziffer, die alle früheren erheblich hinter sich läßt. Diese Entwicklung ist um so erfreulicher, als der deutsche Geldmarkt in diesem Jahre im wesentlichen auf eigener Kraft ruht. Der Metallbestand ist stärker als in den Vortagen, auch sind die Devisenkurse nicht ungünstig. Von einer Diskontenerhöhung glaubt die Reichsbank nach Lage der Dinge absehen zu dürfen. Da die Geschäftswelt zu einem großen Teil sich schon auf die sonst vor dem großen Herbsttermin übliche einprozentige Erhöhung der geltenden, bereits 4 1/2-prozentigen Rate gefaßt gemacht hatte, so wirkte diese Mitteilung um so vorteilhafter.

Dazu gesellten sich vertrauensweckendere Nachrichten aus der Landwirtschaft, die endlich wieder von der Bitterung mehr

begünstigt wurde. Ob das noch den letzten Körner ernten in Deutschland gut gelungen ist, darüber geben die Urteile aneinander. Ob die in Angriff genommenen Herbstbestellungen beendigt sind, wird kaum viel neues Getreide ausgedroschen und zu Markte gebracht sein; erst dann reichlichere Zufuhren und höhere Ueberblände über das Gesamtgetreide zu erwarten. Dagegen sprach sich selbst der letztwöchentliche Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrates bestimmter und hoffnungsvoller über die Aussichten der deutschen Kartoffelernte aus: Die Fülle habe keinen so großen Umfang angenommen, wie während der unaufhörlichen Niederschläge der Vorwochen befürchtet worden war; mit dem Ertrage sei man im allgemeinen zufrieden und die Erwartungen könnten leicht im allgemeinen noch übertroffen werden. Geht man zur internationalen Produktion über, so stellt sich das Bild noch mehr auf. Ueber große Ausfuhrmengen verfügen zweifellos Rußland, die Vereinigten Staaten und wohl auch Rumänien; die argentinischen Aussichten bleiben nach wie vor glänzend; Indien, Australien und Kanada werden ebenfalls mit verhältnismäßig hohen Erntemengen anzusehen sein. Die Qualität und damit die Verwendbarkeit des russischen Weizens soll zwar vielfach durch den übermäßigen Regen beeinträchtigt sein, dagegen wird der nordamerikanische Weizen als auch qualitativ hervorragend gut eingeschätzt. Wenn bisher nur die nationale (amerikanische, russische), nicht die europäische Preisbildung dadurch beeinflusst wurde, so liegt das wesentlich daran, daß die Schiffahrt bei den reichlich lohnenden Frachten anderer Art und anderer Verkehrsrichtung sich dem Getreideexport noch wenig zur Verfügung gestellt hat; sowohl in Rußland wie in den Vereinigten Staaten und Rumänien klagt man über den Mangel an Kahnraum. Im großen und ganzen kommt der Handel immer wieder auf die günstigeren Marktsituationen zurück, die er vor dem Eintritt des langandauernden Regens bereits vornahm. Wir hoben Anfang Juli die starken Preisunterschiede zwischen damaliger Lieferung bei sehr knappen Vorräten und späterer Lieferung bei damals allgemein erwarteter reichlicher neuer Welkernte hervor: „In Berlin notierte Juliweizen und Juliroggen in der Woche vom 11. zum 18. Juni 229 bis 232 und 193 1/2 bis 195 1/2 Mark, während in der übernächsten Woche (25. Juni bis 2. Juli) der Septembeerweizen stets unter 208 1/2, der Septembeerroggen für 174 1/2 Mark zu haben war.“ Zuletzt, am 30. September, notierte in der Tat Septembeerweizen abermals 209 1/2 bis 210 1/2 Mark, Dezemberweizen 207 1/2 bis 208 1/2 Mark, Septembeerroggen 179, Dezemberroggen 170 1/2 bis 171 1/2 Mark. Nachdem die erste Stufe der Ermäßigung sich so lange gehalten hat, stände nunmehr wahrscheinlich eine zweite, abwärts gerichtete Stufe bevor — falls die politische Entwicklung nicht einen neuen Strich durch alle diese Rechnungen macht. Denn Rußland und die Donauländer würden sicherlich zu Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrverboten übergehen, falls sie in ernste Konflikte hineingerissen würden.

Berlin, 6. Oktober 1912.

Max Schippel.

## Direktor Lughny und Kollege Steininger als Angeklagte.

Der Schöffengerichtssaal zu Würzen wies am 3. Oktober eine starke Besetzung auf. Es stand ein Vorfall zur Verhandlung, welcher beim Würzener Streik der Plastersteinmacher im April d. J. unter unsern Kollegen eine lebhafteste Entrüstung hervorgerufen hat. Die Würzener Porphyr- und Kalkwerke lehten im Frühjahr jede Tarifverhandlung mit den Arbeitern ab und es kam zum Streik. Im ganzen Bezirk traten gegen 1000 Mann in den Ausstand; die höchsten Werte zogen etwa 40 bis 50 Streikbrecher heran. Kollege Steininger, damals in Deucha als Steinmetz beschäftigt, leitete den 4. Gau nebenamtlich. Er hatte natürlich die Verpflichtung, beim Streik einzugreifen, und so bemühte er sich, mit den Arbeitswilligen eine Aussprache herbeizuführen. Als die Arbeitswilligen in geschlossener Kolonne aus dem Steinbruch geführt wurden, trat Steininger an einige davon heran, um sie dementsprechend aufzuklären. Da kam Direktor Lughny herbei und rätionierte, daß die Leute belästigt würden. Steininger sollte sich legitimieren, was er mit Recht ablehnte, weil Lughny keine Polizeigewalt hätte. Nun trat der Kolonnenführer, Wiegemeister Schramm, in Tätigkeit, sagte Steininger in höchst unanständiger Weise an, um die Sittlichkeit vorzunehmen. Steininger hatte keine Lust, sich verhaften zu lassen, und so wendete Schramm Gewalt an, unterstütz von Direktor Lughny. Unser Kollege wurde, wie man zu sagen pflegt, verprügelt, und dabei wurden ihm auf dem Verordnungswege drei Tage Gefängnis zugesprochen. Steininger erhob gegen Lughny wegen Körperverletzung Anklage und des weiteren beantragte er gegen die drei Tage Gefängnis richterliche Entscheidung. Aus der Schöffengerichtsverhandlung haben wir folgendes hervor:

Angell. Steininger, jetzt Gauleiter in Eiegitz: Den Streik im Würzener Gebiet hatte ich mitzuleiten. Es ist doch nicht ungeschicklich, mit den Arbeitswilligen eine Unterredung herbeizuführen. Diese Leute wohnten in den Baracken, welche für uns nicht zugänglich sind. Ich versuchte deshalb eine Aussprache mit den Arbeitswilligen auf offener Straße. Jede Störung lag mir fern. Ich wartete den Trupp der Arbeitswilligen ab, es mögen etwa 30 Mann gewesen sein. Die mir zur Last gelegten Ausdrücke wie: „Zuchthäusler, Streikbrecher usw.“ habe ich nicht gebraucht. Das hätte ja von vornherein meine Mission vereitelt. Ich sagte: Ihr seid doch freie Männer, laßt euch doch nicht führen, als wenn ihr im Zuchthaus wäret. Weiter verwies ich auf den schweren Kampf, den die Streikenden führten. Meine Namensfeststellung zu veranlassen, hatte Lughny kein Recht; er hatte sich mir gegenüber auch nicht legitimiert. Ich war durchaus höflich, aber Lughny war sehr erregt. Schramm, der Wiegemeister, wollte mich festnehmen, eine solche unwürdige Behandlung ließ ich mir nicht gefallen, und ich setzte mich zur Wehr, oder sollte ich mich ohne weiteres verprügeln lassen? Schramm unklammerte mich, und da erhielt ich schon einen Schlag auf den Kopf, und zwar durch Lughny. Als wir stürzten, hieb Lughny noch öfters auf mich ein. Wie lange die Kingererei gedauert hat, kann ich nicht sagen. Entschieden bestreite ich, daß ich den Polen Jarosch aus der Kolonne herausgerissen habe. Ich habe denselben auf die Schulter geklopft und ihn für den kommenden Sonntag zu einer Besprechung eingeladen. Es kann sein, daß mich Jarosch überhaupt nicht verstand.

Der angeklagte Direktor Lughny sagte etwa folgendes aus: Am 24. April 1912 revidierte ich die Steinbrüche. Es fiel mir besonders die hohe Zahl der Streikposten auf. Ich war besorgt um die Arbeitswilligen, welche nach Feierabend aus den Brüchen kamen. Um gleich zur Stelle sein zu können, sagte ich im Gehörs Posto. Die Arbeitswilligen unter der Führung Schramms marschierten vorbei, dabei hörte ich scharfe Ausdrücke in „süddeutscher“ Mundart. Sofort eilte ich nach der Kolonne. Steininger, den ich dem Namen nach nicht kannte, befand sich bei der Kolonne; ich forderte ihn auf, die Leute nicht zu belästigen. Seinen Namen nannte er nicht, mit dem Hinweis, hier sei eine öffentliche Straße, und überdies müßte sich er (Lughny) erst legitimieren. Ich gab Schramm nun Befehl, Steininger zur Polizeistation zu bringen. Mein Wiegemeister griff zu, es entstand eine Balgerei und beide lagen am Boden. Steininger kam dann auf Schramm zu liegen, dabei rief er mir die Krawatte herunter. (1) Auch stieß er mich mit den Füßen. Ich befand mich somit in Notwehr und hielt mich für berechtigt, auf St. einzuliegen zu dürfen. Den Spazierstock (ein handfester Eichenknüttel. D. B.) mußte mir während der Balgerei der beiden jemand — entweitgetreten haben. (1) (Range Gesichter im Zuhörerraum. D. B.) Ich schlug nur mit dem abgebrochenen Stock zu, wie oft, weiß ich nicht.

Zeuge Wiegemeister Schramm: Ich führte die Leute, nun kam Steininger und hielt eine aufreizende Rede. Auch rief er den Polen Jarosch aus der Kolonne heraus. (Wozu der Pole nicht das geringste mußte. D. B.) Steininger ließ sich nicht ohne weiteres überwilligen. Ich sah ihn an und das Ringen begann.

Baum, Bruchmeister in den Würzener Porphyrwerken, sagt als Zeuge aus, daß Lughny mit einem „angebrochenen“ (1) Stock geschlagen habe. Er hätte zwar Steininger auch gepöckelt, aber sofort wieder losgelassen, nachdem er sah, daß Steininger von Schramm überwältigt wurde. Allerdings hat Lughny mehrmals auf St. eingeschlagen. Auf Einruuf des Anwalts Marschner, auf welche Weise der Stock „angebrochen“ wurde, kann er keine Antwort geben.

Rechtsanwalt Dr. Marschner beantragt, die Zeugen Schramm und Baum nicht zu vereidigen, sie hätten sich ja auch der Körperverletzung schuldig gemacht. Das Gericht beschloß aber die Vereidigung der Beiden.

Ueber die Aussagen der andern Zeugen berichten wir summarisch. Diese Leute schaffen alle bei Lughny und es würde diesen vielleicht schaden, wenn wir eine eingehende Berichterstattung vornehmen würden. Mehrmals mußte der Anwalt, Herr Marschner, darauf hinweisen, daß mit den Aussagen nicht so zurückhaltend zu sein. Wenn auch Lughny jetzt ihr Vorgesetzter sei, so dürfte eine Verschleierung durch etwa zugunsten des Direktors nicht erfolgen. Herr Lughny war dieser Hinweis des Anwalts sicherlich sehr unangenehm. — Der Zeuge Jarosch, ein Pole, gab an, daß ihn Steininger nicht aus der Kolonne herausgerissen hätte. (Damit waren die Angaben Schramms glänzend widerlegt. D. B.) Zeuge Jarosch wird eingehend vernommen, er spricht nur gebrochen deutsch, aber die Uebersetzung wird von einer Frau Böhler in sehr flotter Weise bewerkstelligt. — Ein anderer Zeuge sagt aus, Wiegemeister Schramm habe gerufen: „Ich drehe ihm (Steininger) das Gas schon ab.“ — Ein anderer Zeuge erklärt, Lughny hätte gerufen: „Schramm drücken Sie ihn nur runter.“ Als der Direktor das erstmal zuschlug, war nach seiner Beobachtung der Stock noch ganz. Daß die beiden, Schramm und Lughny gefährdet waren, sei ganz unwahrscheinlich, denn Steininger hätte ja um Hilfe gerufen, aber es hätte keiner von den Streikposten zugegriffen. Daß Steininger aufreizende Reden gehalten hätte, sei direkt unwahr.

Der Anwalt des Kollegen Steininger, Dr. Marschner — Leipzig, hielt eine meisterhafte Verteidigungsrede. Er meinte, die Arbeiter hätten heute doch ein bißchen mehr Recht als vor 40 Jahren. Steininger hat sogar sehr korrekt gehandelt, das wäre eine schöne Sache, wenn man auf offener Straße wegen nichts und wieder nichts eine Verhaftung vornehmen lassen könnte. Eigentlich könne er nicht begreifen, daß Schramm nicht angeklagt wurde. Es macht einen höchst sonderbaren Eindruck, wenn der ehemalige Militär Lughny sich nun gar auf Notwehr hinausreden will. Gegen Steininger seien Lughny und Schramm wahre Hinnengefallen. Ist es denn eines gebildeten Mannes würdig, wenn er noch auf jemanden einschlägt, der schon zu Boden liegt? Wenn St. versuchte, an die Arbeitswilligen heranzukommen, um diese zu bewegen, sich dem Streik anzuschließen, so sei das kein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Sein Mandant müsse freigesprochen werden. Lughny hat mit einem gefährlichen Instrument auf Steininger eingeschlagen, deshalb sei für erstere eine hohe Strafe am Platze.

Wir müssen es uns versagen, auf die hochinteressanten juristischen Ausführungen des Herrn Dr. Marschner weiter einzugehen, aber seine Darlegungen zeigten, daß er ein sehr gewiegener Jurist ist.

Lughnys Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Lauer — Würzen, hielt ein Plaidoyer, welches sicherlich vom juristischen Standpunkt aus gerade keine Leistung war. Auch er meinte, Lughny hätte sich in Notwehr befunden.

Das Urteil lautete: Steininger erhält zwei Tage Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, Lughny wegen Körperverletzung

10 Mark Geldstrafe.

Gegen das Urteil ist natürlich sofort Berufung eingelegt worden, jetzt hat nun das Leipziger Landgericht das Wort.

Die Verhandlung selbst war reich an interessanten Momenten. Herr Lughny blickte grimmig um sich, öfters wechselte er seine Gesichtsfarbe, das sicherste Zeichen seiner inneren Erregung. Wie mag dieser Mann wohl sonst über den großen Kulturförderer, die Arbeiterbewegung, denken? So hatte er es sich doch nicht gedacht, daß sich die Verhandlung stundenlang hinzog und daß er manches Wort hören mußte, welches für ihn nicht gerade schmeichelhaft war. Der Wiegemeister Schramm wird herzlich froh gewesen sein, daß er als Zeuge fungieren konnte; unsern Ermessen nach hätte er ohne weiteres angeklagt werden müssen. Schramm getraute sich kaum in den Gerichtssaal zu blicken. Ist ihm vielleicht zum Bewußtsein gekommen, daß der Streik der Steinarbeiter, welcher so musterhaft durchgeführt wurde, einem sehr hohen Ziele gedient hat, nämlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Oder ist dem — Zeugen Schramm die Räte deshalb ins Gesicht gestiegen, weil er nun durch die Zeugenvernehmung bei stark besetztem Gerichtssaal mit anhören mußte, wie er und Lughny mit Steininger umgesprungen sind, welcher ihnen nicht im geringsten zuzuhörte. — Wir haben die Empfindung, daß den beiden dieser Prozeß noch lange unliebsam in Erinnerung bleiben wird.

Als wir aus dem Gerichtssaal gingen, sagte uns ein Verhandlungszuhörer, wieviel Monate hätte wohl ein Arbeiter erhalten, wenn dieser den Direktor Lughny zu Boden gerungen hätte? Herr Lughny mag triumphieren, daß er so billig weggekommen ist, Vorbeeren hat ihm dieser Prozeß nicht eingebracht.

## Korrespondenzen.

Baden-Baden. Die Redaktion erhält folgende Zuschrift: In Nr. 39 Ihres Wochenblattes „Der Steinarbeiter“, datiert Sonnabend, den 28. September 1912, veröffentlichten Sie auf Seite 2 einen Artikel, überschrieben: „Der Bau des Offizierserholungsheims am Plättig bei Wülfleral“, der mit Bezug auf die Firma Trapp u. Herrmann in Baden-Lichtental eine Anzahl von Tatsachen enthält, die falsch sind. Im Auftrage der Firma Trapp u. Herrmann in Baden-Lichtental, deren Vollmacht in beglaubigter Abschrift beiliegt, erlauben wir Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Unrichtig ist, daß die Firma Trapp u. Herrmann beim Bau des Hornisgründenturms Sandsteinhauer über die gesetzlich zulässige Zeit beschäftigt hat; richtig ist vielmehr, daß ein Steinhaumermeister aus Dittersweier die Sandsteinarbeiten unter eigener Verantwortung auszuführen hatte.
2. Unrichtig ist, daß die Firma Trapp u. Herrmann von den Arbeitern je eine Ungeheuerlichkeit, insbesondere eine Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit verlangt hat.
3. Es ist unrichtig, daß sich der in dem Artikel erwähnte Arbeiter weigerte, über die gesetzlich zulässige Zeit zu arbeiten, wie es auch unrichtig ist, daß derartige verlangt wurde.
4. Unrichtig ist, daß der Steinhaauer einen zu niederen Lohn erhalten hat.

Richtig ist vielmehr, daß er einen Lohn erhalten hat, der einem Affordbach von 79 M. pro Kubikmeter entspricht, wobei es sich um vollständig glatte Fenstergestelle ohne jede Profilierung gehandelt hat.

Richtig ist ferner, daß der Arbeiter für eine Leistung von 0,047 Kubikmeter einfacher Steinhauararbeit außer den im Artikel vom 28. September 1912 erwähnten 2,70 M. weitere 1,01 M. — Betrag des den Arbeiter treffenden Anteils an dem Krankenversicherungsbeitrag — erhalten hat.

Die Firma Trapp u. Herrmann hat für den Arbeiter o h n e je d e wertbare Gegenleistung 8 M. aufwenden müssen.

Es ist unrichtig, daß die den Arbeitern zur Verfügung gestellten Räume viel zu klein sind; richtig ist, daß der auf den einzelnen Arbeiter treffende Raum erheblich größer ist, als es die Vorschrift verlangt; auch steht jedem Arbeiter ein Schlafsaal, der bei Arbeitsbeginn neu angebracht wurde, im Ausmaße von 1,40 zu 2 Meter zur alleinigen Verfügung.

Unrichtig ist, daß es an Wasser mangelt; richtig ist, daß zur Lieferung von Bachwasser unmittelbar bei den Baracken ein Hydrant zur Verfügung steht, der das ganze Baumaterial liefert, und zwei Benzinmotore sowie eine Betonmischmaschine speist, und sonach weit mehr Wasser liefert, als die sehnstige Zahl von Arbeitern zum Waschen nötig hätte.

Unrichtig ist es, daß in der Kantine zu hohe Preise berechnet werden; richtig ist vielmehr, daß jeder Arbeiter für 1 M. pro Tag folgende Speisen erhält: morgens: 1/2 Liter Kaffee mit Milch und Zucker; mittags: 1/2 Liter Fleischsuppe, 1/2 Pfund Fleisch, eine entsprechende Portion Gemüse, und abends: 2 warme

Wärste mit Kartoffelsalat oder ein dem gleichwertiges Essen. Hochachtungsvoll Dr. Haufer, Rechtsanwalt.

Auf diese Berichtigung hin erhalten wir von unserm Gewährsmann folgende Ergänzung:

Zu 1. Richtig bleibt, daß die Firma Trapp u. Herrmann den Bau des neuen Hornisgründenturms ausgeführt hat und daß auf diesem Bau die Steinhaauer auf Sandstein erheblich länger als neun Stunden gearbeitet haben. Sollte dies die Firma mittlerweile vergessen haben, so wird die badische Fabrikinspektion gern bereit sein, ihr die damalige Arbeitszeitüberschreitung ins Gedächtnis zurückzurufen. Ob die Arbeit einem Steinhaumermeister in Dittersweier übertragen wurde, ist vollständig belanglos. Die Arbeitszeitüberschreitung am Hornisgründenturm unter Leitung der Firma Trapp u. Herrmann wird dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Zu 2. Warum arbeiteten mehrere Steinhaauer längere Zeit 11 Stunden? Doch nur auf Veranlassung des Meisters.

Zu 3. Warum lagte Herr Herrmann am 26. August zu einem Kollegen, als er sich weigerte länger zu arbeiten: „Wenn Sie nicht länger arbeiten wollen, so hätten Sie nicht anfangen sollen; die Bundesratsverordnung hängt ja nicht aus.“

Zu 4. Von einem Affordbach wußte der betreffende Arbeiter nichts, da ja von den andern vier Steinhaauern 11 Stunden im Stundenlohn gearbeitet wurde. Beim Ausrechnen nach Kubikmeter muß sich Herr Herrmann also schwer getäuscht haben. Auch hat es sich in diesem Fall nicht um ein Fenstergestell (Gewände), sondern um eine Bank gehandelt. Hätte ein Sachmann diese Fensterbank, die durch den Fehler des Arbeiters wertlos geworden sein soll, in Augenschein genommen, so hätte das Urteil gelautet: „Das ist ein Stroh.“ Und dafür kann man doch den Steinmetzen nicht verantwortlich machen!

Zu 5. Daß die Schlafsäcke 2 Meter lang und 1,40 Meter breit sind, sei bestätigt, aber von dem vielen Ungeziefer, das drinnen lebte, hat die Firma in ihrer Berichtigung nichts vermerkt.

Zu 6. Der Hydrant ist dort angelegt, wo ihn der Unternehmer am besten für seinen Motor braucht. Die Arbeiter haben sich allerdings je nach Bedürfnis in einer Mürtelpumpe mit Regenwasser gewaschen.

Zu 7. Der hier in Betracht kommende Arbeiter hat für ein Mittagessen, ein Nachtessen, 2 halbe Liter Bier 1,70 M. abgezogen bekommen; für 1/2 Liter Bier, das er zahlte, 15 Pfg. Wie uns der Kollege schreibt, waren nach seiner Meinung diese Preise zu hoch.

Bunzlau. In der am 2. Oktober abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Steininger über die Erkrankungs- und Sterbefälle der in der Steinindustrie Beschäftigten. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Sandsteinarbeiter in Bunzlau beschäftigte sich mit den Erkrankungs- und Sterbefällen der in der Steinindustrie Beschäftigten. Es ist bekannt, daß die Einwirkung des schärfen Steinstaubes auf die Atmungsorgane die Gesundheit der Steinarbeiter sehr ungünstig beeinflusst. Die Folge davon ist langwierige Krankheit, Sichtung und frühzeitiger Tod. Da in der Steinindustrie im Vergleich zu anderen Berufsgruppen die Zahl der Beschäftigten nicht so groß ist, so wird von der Öffentlichkeit den Schäden des Berufes die nötige Aufmerksamkeit nicht gewidmet. Die Regierung sollte aber Mittel und Wege finden, um die Gefahren der Berufskrankheit unter den Steinarbeitern abzumildern. Die Sterblichkeit der Steinarbeiter an der Lungenemphyse ist jedes Jahr sehr hoch im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung im Beruf. Die Versammlungen beauftragen den zuständigen Vertrauensmann, bei der Reichsbehörde um Ausdruck zu bringen, daß die Berufskrankheit und ihre Folgen dem Betriebsunfall gleichgestellt wird. Den Erkrankten wie den Hinterbliebenen wird dadurch eine bessere Hilfe zuteil. Die Versammlung wünscht ferner, daß der Durchführung der Bundesratsverordnung von der zuständigen Behörde mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.“ — Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf.

Dresden. Die am 20. September tagende gut besuchte Steinarbeiterversammlung wurde in der Zentralthalle abgehalten. Als 1. Punkt der Tagesordnung kam ein Antrag der Verwaltung auf Ausschluß des Mitglieds Richter zur Verantw. Dieser hat unsern Vertrauensmann vor einiger Zeit in schwerster Weise beleidigt; außerdem hatte er schon früher Anrempelungen mit der Verwaltung. Damit diese unliebsamen Dinge endlich aufhören, wurde eine Kommission bestimmt, die sich auch mit der Sache befahste. Richter nahm aber von den Beleidigungen nichts zurück. Infolgedessen brachte die Verwaltung den erwähnten Antrag ein. In der Versammlung nun nahm Richter seine gemachten Beleidigungen mit Bedauern zurück. Hoffentlich herrscht jetzt auch Ruhe in der Zahlstelle. Beim 2. Punkt referierte Staudinger — Leipzig über die Gewerbekrankheiten. Er gab den Kollegen einen Ueberblick über die Lungenemphyse und wies zahlenmäßig nach, daß sich diese Krankheit unter allen Berufen bei den Sandsteinarbeitern am meisten eingebürgert hat. Besonders die Brecher haben darunter zu leiden. Schon um das Jahr 1900 wurde in Pirna ein Bericht abgefaßt, welcher speziell die Steinbrecherkrankheit behandelt. Das Buch des Dr. Herchel gibt darüber sehr genaue Auskunft. Er betraute es als Ungerechtigkeit, daß unsere berufskranken Kollegen nicht nach den Sähen der Unfallversicherung entschädigt werden. Der Vortrag fand eine sehr heifällige Aufnahme. Seitens der Granitsteinmetzen wurde angeführt, daß durch den Luftdruck in der Arbeit die Arbeiter gesundheitlich geschädigt werden. Wenn ein Kollege jahrelang mit dieser Mordmaschine geschäft hat, dann sind seine Nerven total zerrüttet und die linke Hand wie abgekörbten. Aber nicht bloß die Nerven, sondern auch die Lunge leidet darunter, indem durch das fröhartige Abarbeiten sich viel mehr Staub entwickelt, als wenn man mit dem gewöhnlichen Werkzeug arbeitet. Bemängelt wurde auch, daß auf den Plätzen Mißstände betrefss der Bundesratsverordnung herrschen, aber niemand kümmert sich darum. Es wurde dann folgende Resolution angenommen:

Die am 20. September in Dresden stattgehabene, stark besuchte Steinarbeiterversammlung bedauert, daß die Berufskrankheit der Brecher und Steinmetzen (Lungenemphyse) immer noch in starker Form fortbesteht. — Trotz der erlassenen Bundesratsverordnung ist die Berufskrankheit nicht im geringsten eingebämmt worden. In den letzten elf Jahren starben bei einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 1500 Kollegen insgesamt 464 Berufskranke, davon allein 404 an der Lungenemphyse. Diese Zahl der Verstorbenen muß als eine äußerst hohe genannt werden und dürfte von einer andern Industriebranche wohl kaum erreicht werden. Die Versammelten stellen nun an die hohe Reichsbehörde das Ersuchen, daß 1. die berufskranken und teilweise minder erwerbsfähigen Steinarbeiter in Zukunft nicht mehr nach den Sähen der Invalidenversicherung, sondern nach denjenigen der Unfallversicherung entschädigt werden, und daß 2. dafür Sorge getragen wird, daß die im Jahre 1902 erlassene und im Jahre 1909 etwas verbesserte Bundesratsverordnung streng durchgeführt wird.

Hierauf folgte eine kurze Diskussion, in der auch der Wunsch geäußert wurde, daß die Verhandlungsprotokolle unentgeltlich an die Mitglieder verteilt werden. Kollege Seidel gab noch bekannt, daß in nächster Zeit ein Vortrag über das Reichsversicherungs-gesetz stattfinden.

Friedenhausen. Hier fand am 14. September eine äußerst gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Von den nur noch wenigen unorganisierten am Ort vorhandenen Kollegen, die zu der Versammlung schriftlich eingeladen waren, waren ebenfalls einige anwesend. Kollege Lohse hielt ein Referat über die Erfolge der Arbeiterorganisationen im allgemeinen und im besonderen über die Organisationskosten unseres Verbandes in den letzten zwei Jahren, dabei nicht vergebend den Tarifabschluß im Müschelkalksteingebiet. Die Kollegen gaben zu dem Referat ihre Zustimmung. Im Verschie-

benen wurden einige Tarifdifferenzen, die bei den verschiedenen Firmen vorgekommen, eingehend besprochen. Die Dreher und Hilfsarbeiter trugen ebenfalls einige Beschwerden vor. Bemängelt wurde, daß sich die Dreher und Hilfsarbeiter viel zu wenig an den Debatten beteiligen. Das unkollektive Verhalten einiger Kollegen bei den Firmen Michel, Marktbrötchen und Leipold, Ochsenfurt, wurde stark gerügt. Die Behauptung einiger Großfirmen, daß unsere Kollegen bei den kleinen Meistern unter Tarif arbeiteten, wurde eingehend besprochen und festgestellt, daß überall dort, wo unsere Kollegen organisiert sind, diese Behauptung hin-fällig ist. Erwähnt wurde noch, daß der christliche Bezirksleiter Scheibel versucht hat, in Ochsenfurt für seinen Verband Kollegen einzufangen. Der christliche Herr hatte für den 18. August eine ge-meine Besprechung in das katholische Gesellenhaus zu Ochsenfurt einberufen. Leider war es den Ochsenfurter und den Friedenhäuser Kollegen nicht möglich, der Besprechung beizuwohnen, weil, wie schon erwähnt, nur einige geladene Kollegen Zutritt hatten, dieselben aber fern geblieben waren. Ganz wahrscheinlich befürchtete der Mann eine Auseinandersetzung mit den Kollegen und er ist sich sicherlich dessen bewußt, daß seine Schmarren und gewohnheitsmäßigen Lügen, die er über den Steinarbeiterverband und die gesamte Ar-beiterbewegung verbreitet, vom schlichten unserer Verbandsmit-glieder widerlegt werden können. Darum scheut der Mann das Licht der Öffentlichkeit. Die Friedenhäuser Kollegen wünschen, daß Herr Scheibel seine Ungläubigkeit abstreifen und in einer öffentlichen Versammlung seine Grundsätze verteidigen möchte. Eine recht ruhige Versammlung ist ihm zugesichert, nur werden sich einige unserer Kollegen erlauben, ihm in der Diskussion zu antworten. Also nun Herr Scheibel ist Ihnen Gelegenheit geboten, für Ihren Verband Propaganda zu machen, benutzen Sie diese Gelegenheit. Nachdem der Kollege Vohse seine Zufriedenheit über die sehr rührige Orts-verwaltung ausgesprochen, wurde die Versammlung vom Kollegen Hamm geschlossen.

**Hamburg.** (Marmorarbeiter.) Unsere Monatsver-sammlung tagte am 18. September. Zur Aufnahme meldeten sich vier Kollegen. Zum 1. Punkt: Stellungnahme zu den beginnenden Tarifverhandlungen, eventuell Wahl einer Tarifkommission, wur-den drei Kollegen gewählt, die im Verein mit dem Vorstande die nötigen Vorarbeiten für die kommenden Verhandlungen erledigen sollen. Ferner wurde eine aus acht Kollegen bestehende Agitations-kommission gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde seitens der Kollegen das Verhalten unseres Zentralvorsitzenden gegenüber den Ausführungen Melchior auf dem Verbandstage einer Kritik unter-zogen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 18. September tagende Versammlung der Marmorarbeiter von Hamburg, Altona und Wandsbek protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß Melchior's Kritik auf dem Verbandstage nicht von der Allgemeinheit der Hamburger Kollegschaft gutgeheißen wird. Der Sach im Schlusswort des Kollegen Starke über die Diskus-sion des Geschäftsberichts, der auf Seite 7 des Protokolls, Seite 13 und 14 liegt, lautet: „Ich weiß zum Beispiel, daß die Hamburger Kollegen gar nicht hinter der Kritik Melchior's über ihre Lohn-bewegungen stehen.“ Der Versammlung ist es unbegreiflich, wie Starke zu dieser Meinung kommen konnte, sie erklärt, voll und ganz hinter dem vom Kollegen Melchior Gesagten zu stehen.“ Vom Kol-legen Staudinger hätte man ein korrekteres Verhalten gegenüber dem Kollegen Melchior erwartet. Die Meinung geht dahin, daß Kollege Melchior durch dies Verhalten nicht getroffen werden kann. Als Kandidat für den Beirat wurde Kollege Melchior einstimmig aufgestellt.

**Berg.** Hier tagte am 28. September eine gut besuchte Versammlung. Es wurde beschlossen, in Krankheitsfällen einen lokalen Zuschuß zu gewähren. Der Kassierer rügte, daß wir in der Zahlstelle so viele Kollegen haben, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Das müsse in Zukunft anders werden, wenn wir das Remonvée unserer Zahlstelle nicht gefährden wollen. Unter Punkt Verschiedenes wurde sehr stark gerügt, daß die Bundesrats-Verordnung nicht durchgeführt wird. Gerade jetzt in Beginn der schlechten Jahreszeit müssen wir alles daransetzen, daß die Unter-nnehmer das bisherige Arbeiterlohn auch dementsprechend respek-tieren. Wir werden darauf dringen, daß unsere Betriebe in Höhe von der Gewerbesteuer revidiert werden. Im übrigen erliefte der Vertrauensmann, daß auch zukünftig die Versammlungen so gut besucht sein möchten.

**Nördlingen.** Voriges Jahr im August wurde mit der Firma C. Beter Elmman a. Main zum erstenmal für das Trachtgebiet Nördlingen und Umgebung ein Tarif abgeschlossen. Im Juni dieses Jahres wurde der Neubau zum Verlehrsministerium in München fertig, wodurch dann keine Arbeit auf Tracht mehr vorhanden war. Sagte dem Betriebsleiter schon damals, wir sollen 10 Prozent unter dem Mißfalltarif arbeiten, damit die Trachtenschildigung von Winterhausen-Ochsenfurt bis Nördlingen gedeckt sei, was wir damals im Beisein des Gausleiters ablehnten. Anfang September wurde uns von der Betriebsleitung nahegelegt, daß, wenn die Ar-beit von Hannover fertig ist, der Betrieb eingestellt wird. Daraus die Kollegen an die Firma ein Schreiben richteten, ob der Betrieb wieder eingestellt wird oder nicht. Darauf erhielten wir am 11. September folgendes Schreiben von der Firma: Sobald die Ar-beit für Hannover beendet ist, den dortigen Betrieb wegen Mangel an Arbeit leider einstellen zu müssen. Durch den hohen Arbeitslohn sind wir mit andern gleichwertigen Materialien nicht mehr konkurrenzfähig und wir es uns jetzt trotz aller mög-lichen Aufbietungen nicht möglich, Arbeiten in Tracht herbeizubringen. Raffinieren dort weiter verarbeiten zu lassen, hat keinen Zweck, dies ist für uns viel zu teuer, durch die doppelte Fracht usw. Im Laufe der letzten Tage wurde uns noch das Anerbieten gemacht, wir sollen einen Akkord mit der Firma eingehen auf Grund des Mißfalltarifs. Dann sollen wieder 10 Prozent unter Tarif arbeiten und unsern bisherigen Stundenlohn von 60 auf 50 Pfg. reduzieren lassen. Anders, daß wir auf beide Angebote nicht eingehen konnten, haben sich die Kollegen anderweitig Arbeit gesucht. Zu-reisende Kollegen wollen dieses zur Notiz nehmen und den Betrieb Letter-Nördlingen auf weiteres meiden.

**Reichenbach i. Odenw.** Am 20. September fand bei Gastwirt Wiltz, trotz unserer Monatsversammlung statt, welche schlecht be-sucht war. Kollege Weidemann - Reichenbach referierte über den diesjährigen Verbandstag in München. Redner ging in seiner 1 1/2 stündigen trefflichen Rede auf alle dort erledigten Tagesord-nungspunkte in ziemlich ausführlicher Weise ein. Er führte haupt-sächlich den Kollegen die dort gefaßten Beschlüsse sowie die neuen Änderungen im Statut klar vor. Am Schlusse seiner Ausführ-ungen wurde dem Redner der Beifall und der Dank der Ver-sammlung zuteil. In dem nächstfolgenden Punkt der Tagesordnung wurde über die demnächst stattfindende Beiratswahl gesprochen. Nachdem sich die Kollegen genügend darüber ausgesprochen hatten, wurde von einer selbständigen Kandidatur Abstand genommen und den Mitgliedern dringend empfohlen, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme dem Kollegen Michael Bernbeder-Reichenbach zu geben. Zur Debatte stand alsdann der Anknüpf an den Granitbezirk an der Bergstraße. Fast sämtliche Kollegen beantworteten das Projekt und sprachen ihre Bedauern aus, daß es noch nicht früher geschehen sei. Durch einen früheren Anknüpf hätten die vergangenen Streiks vielleicht früher geendet und der Bearbeitung von Streikarbeit hätte leichter ein Niegel vorgegeben werden können. In der nächstfolgenden Mitgliederversammlung am 20. Oktober soll diese Angelegenheit nochmals besprochen und zur Annahme empfohlen werden. Öffentlich wird dieser Entschluß verleitet. Auch sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß an demselben Datum die Beiratswahl stattfindet. Zur deshalb ein jeder seine Pflicht und erscheint vollzählig zur genannten Wahl.

**Wiesl.** Am 3. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 3. Quartal. Da alles in Ord-nung war, wurde er entlastet. Unter Gemeinlichem wurden

die Zustände in dem Marmorwerk Schulze unter die Lupe ge-nommen. Die Firma beschäftigt ca. 60 Hauer, außer Schleifern, Maschinen- und Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen. Die Hilfs-arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 34 Pfg. Die Hauer arbeiten im Akkord. Die Berechnung erfolgt nach einem Tarif vom Jahre 1887, welcher im Jahre 1900 einige Änderungen erfahren hat. Daß diese Bezahlungsart nicht mehr zeitgemäß ist, wird wohl jedem vernünftigen Menschen einleuchtend sein. Sogar die Firma hat das anerkannt, denn sie hat seit September 1911, mit kurzer Unterbrechung, eine wöchentliche Feuerungszulage von 1.50 Mark gewährt. Diese ist nun am 1. Oktober weggefallen, in einer Zeit, wo alles noch im Preise steigt. Grund: Die Firma feierte vor kurzem ihr Geschäftsjubiläum. Da erhielt jeder Arbeiter außer der üblichen Festezude pro Arbeitsjahr 5 Mark als „Geschenk“, wie man sagt, vom „Feuerungsfonds“. Dieser ist dadurch verbraucht und nun gibt's nichts mehr. Darob große Aufregung unter den Arbeitern. Würden sie aber, anstatt nutzlos zu schimpfen, ihre Gleichgültigkeit abstreifen und den Weg zur Organisation finden, dann wäre es ihnen ein leichtes, andere Zustände herbeizuführen. Das ist aber nur durch eine straffe Organisation zu erreichen, die keine Almosen will, wohl aber ihre Rechte erkämpft. Darum schließt euch unsern Reihen an, tretet ein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

**Strasbourg i. E.** Am 15. September fand unsere Monatsver-sammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war. Der Vor-sitzende gab u. a. auch das Resultat der diesjährigen Statistik be-zannt. Danach hatten sich an der Statistik beteiligt 81 Kollegen. Davon waren 3 ledig und 78 verheiratet, welche insgesamt 156 Kin-der haben. Das Gesamtalter betrug 3043 Jahre, das Durchschnitts-alter 37 1/2 Jahre. Im Beruf tätig waren die 81 Kollegen zusammen 1827 Jahre, was eine durchschnittliche Tätigkeit von 22 1/2 Jahren ergibt. Der Gesamterdienst der an der Statistik Beteiligten betrug 118 944.81 Mark in 20 190 Arbeitstagen, was einen durchschnitt-lichen Tagesverdienst von 5.89 Mark ergibt. Es verdienen bis 700 Mark 3 Kollegen, von 700-900 Mark 2 Kollegen, von 900-1000 Mark 6 Kollegen, von 1000-1200 Mark 4 Kollegen, von 1200-1300 Mark 5 Kollegen, von 1300-1500 Mark 20 Kollegen, von 1500-1700 Mark 19 Kollegen, von 1700-1800 Mark 9 Kollegen, von 1800 bis 1900 Mark 7 Kollegen, von 1900-2000 Mark 4 Kollegen und über 2000 Mark verdienen nur 2 Kollegen. Von den Beteiligten waren 41 Kollegen 90 mal arbeitslos, zusammen 1374 Tage, was eine durch-schnittliche Arbeitslosigkeit von 33 1/2 Tagen ergibt. In 18 Fällen trägt die Frau durch Verdienst mit zum Haushalt bei. Beschlossen wurde, die statistischen Plagheste auch fernerhin beizubehalten, um jezeit eine örtliche Statistik zur Hand zu haben. Im Punkt Ver-schiedenes wurde der Kollege Waldhart als Kandidat zum Beirat aufgestellt.

**Steinach (Schieferegiet).** Am 22. September fand eine leid-lich gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende Koll. Lang-hammer gab, da die Zahlstelle jetzt gerade ein Jahr besteht, einen kurz gehaltenen Bericht über die Tätigkeit und Fortschritte des Ver-bands innerhalb dieser Zeit. Konstatiert kann werden, daß fast alle Griffelmacher und Steinbrucharbeiter der hiesigen Betriebe und des Schotterwerks in Hüttensteinach der Organisation angehören. Desgleichen sind die Kollegen in Pfaffenthal fast alle organisiert. Im letzteren Ort gehören auch eine größere Anzahl Kollegen dem Fabrik-arbeiterverband an. Nur in den Steinacher Betrieben sind die Schleiferinnen und Durchmacherinnen noch nicht in der genügen-den Weise organisiert; das hier Versäumte nachzuholen wird die Aufgabe der Kollegen in der nächsten Zeit sein müssen. In agita-torischer Beziehung wurde somit in ganz kurzer Zeit das menschen-möglichste geleistet und kann die Zahlstelle auf diesen Erfolg stolz sein. Zweifellos kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß der Steinarbeiterverband unter den Griffelmachern eine gefestigte Posi-tion hat und die Kollegen zum festen Bestand des Verbands gehören. Innerhalb dieser kurzen Spanne Zeit konnten auch schon einige materielle und moralische Vorteile für die Kollegen und Kolle-ginnen erzielt werden. Von der Gantelung wurde eine Petition an die Direktion der Herzogl. Gräflichbrüchle zwecks Auflösung der Betriebskrankenkasse und Aufhebung der Mitglieder an die Orts-krankenkasse Steinach gerichtet, die den erwünschten Erfolg der Auflösung brachte. Im Frühjahr wurden, da der Lohn der Griffel-, Beschlein-, Kufelstein- und Schotterwerkarbeiter den gesteigerten Lebensmittelpreisen nicht im entferntesten mehr entsprach, Lohn-forderungen an die in Frage kommenden Firmen eingereicht. Es war wohl nicht möglich, die Forderung, die 10-12 Prozent Lohn-erhöhung vorlag, auf den ersten Anstoß durchzuführen. Die Firmen bewilligten 5 Prozent Lohnenerhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, neben einigen sonstigen Verbesserungen, die den Stollenarbeitern der fiskalischen Brüchle und den Steinbruchs-arbeitern der Firma Mohr u. Köhrs zugute kamen. Da 425 Per-sonen in allen zu den Zahlstellen Steinach und Pfaffenthal gehörigen Betrieben in Frage kommen, beträgt die Lohnenerhöhung für dieselben im Jahr, zu 45 Arbeitswochen gerechnet, 19 440 M. In Betracht muß gezogen werden, daß, da der Lohn der weiblichen Arbeiter im Durchschnitt nur pro Stunde 19 Pfg. beträgt, folgedessen auch die angegebene Summe sich dementsprechend stellte. Die Beamten in den einzelnen Betrieben behandeln auch die Arbeiter heute an-sprechender, als es früher war, da sie wissen, daß die Organisation sonst einschreiten würde. Im allgemeinen sind die Kollegen mit den Erfolgen zufrieden und sie geben ihre Zustimmung zu den Aus-führungen des Kollegen Langhammer. — Kollege Vohse, der an-wesend war, sprach noch kurz über die Eindrücke, die er auf unserm letzten Verbandstage gewonnen. Wenn hier, wie auf unsern frühe-ren Verbandstagen die Kritik eine scharfe war, so muß eben beachtet werden, daß unsere Kollegen, im Gegensatz zu den christlich organi-sierten Arbeitern, keine gedankenlose Herde sind und den Führern blindlings nachlaufen, sondern sich ihr eigenes Urteil bilden. Unsere Kollegen begnügen sich nicht mit dem Trost auf ein besseres Jen-seits, sondern wollen auf Erden ihren berechtigten Anteil an den Kulturfortschritten haben. Wir können unsre Redungen in aller Öffentlichkeit abhalten und geben auch keine frivolen Berichte heraus. Die Christen tagen meistens hinter verschlossenen Türen und die Mitglieder wagen auch nicht, ihren Halbglottern, den Führ-ern, zu widersprechen. Die Versammelten stimmten dem bei. Einige totale Angelegenheiten wurden dann noch geregelt. Kollege Langhammer tritt ab 1. Oktober in Diensten der Ortskrankenkasse Steinach, behält aber selbstverständlich seinen Posten als Zahl-stellenvorsitzender weiter. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zu reger Agitation unter den Kollegen aufgefordert, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

## Eine wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes.

Tod infolge Magenkrebs als Betriebsunfallfolgen vom Reichs-versicherungsamt anerkannt! Zum zweitenmal hatte sich am 12. Juli 1912 das Reichsversicherungsamt mit dieser prinzipiell wich-tigen Unfallstreitsache zu beschäftigen, und dürfte es von großem Interesse sein, diesen Sachverhalt und Tatbestand hier wiederzugeben. Der Steinhauserpolier S. in Schl. hatte im August 1907 und am 22. Juli 1908 je einen Betriebsunfall erlitten am Brodenfusse des Harzes. Beim ersten Unfall war der Verunglückte in der rechten Magenenge von einer Wagenbeisele eines vom Broden-fusse herabrollenden Steinwagens herabgerissen worden, wobei er mehrere Meter fortgeschleudert und wimmernd seine Mit-arbeiter um Hilfe rufen mußte. Die getroffene Stelle war durch die stumpfe Gewaltwirkung (Seitenanschlag der Wagenbeisele) so heftig gewesen, daß sie nach einiger Zeit ständige Schmerzen ver-ursachte und fast schwarz angeschwollen war. Leider ging der Ver-letzte erst nach einigen Wochen zum Arzt, nachdem die in der Neubude vorhandenen Einreibungsmittel versagt hatten und er über Appetit-losigkeit neben ständigen Schmerzen zu klagen hatte. Dr. Dr. in

Harzburg verordnete auch nur Einreibungsmittel, und so arbeitete S. in kränkelndem Zustande als Polier weiter. Nun wollte S. am 22. Juli 1908 beim Umwälzen eines 5-6 Zentner schweren Stein-blocks seinen unterstellten Mitarbeitern helfen, wobei er aber in-folge Umschlagens des Steins gegen die Brust und den Unterleib getroffen wurde — somit einen zweiten Unfall erlitt —, wodurch Ohnmachtsanwandlung und heftige Magenblutung herbeigeführt wurden. Beide Unfälle waren der Berufsgenossenschaft gemeldet und Rentenansprüche gestellt worden, aber dennoch erteilte die Han-noversche Baugewerkschaftsversicherung nur auf den zweiten Un-fall einen Ablehnungsbescheid, wogegen Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Magdeburg (Spruchkammer Halberstadt) eingelegt wurde. Dieses verurteilte auch am 13. Mai 1909 genannte Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Unfallrente.

Schon am 10. Juli 1909 verstarb S. an den Folgen von Magen-krebs, wie der Sektionsbefund gezeitigt hatte. Genannte Berufs-genossenschaft lehnte aber dennoch die Zahlung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente an die Witwe ab, so daß das Schieds-gericht am 1. Dezember 1909 erneut sich hiermit befassen mußte und die Gewährung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente aus-sprach. Hiermit gab sich Beklagte nicht zufrieden und beschritt das Rekursverfahren beim Reichsversicherungsamt in Berlin.

Das Reichsversicherungsamt hob diese Entscheidung am 1. Juli 1910 zwecks weiterer Beweishebung und Feststellung des ersten Unfalls auch wieder auf. Trotzdem nun auch diese erneute Beweis-erhebung zugunsten der Klägerin ausfiel, lehnte die Berufsgenossen-schaft abermals die gestellten Ansprüche ab. Am 7. Juni 1911 wurde sie hierauf vom genannten Schiedsgericht zum zweitenmal zur Zahlung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente verurteilt, nachdem nicht weniger als vier ärztliche Sachverständige und zwei Unfall-Augenzeugen gehört worden waren. Der Verlebensarzt des Schiedsgerichts, Sanitätsrat Dr. M., sagte als Obergutachter u. a.: „Der unmittelbare und fernere Verlauf zwingt zu der Annahme, daß auf Grund der Magenleimhautverletzung sich ein Magen-geschwür entwickelte. Heilung trat nicht ein, sondern es ging der Zustand direkt über in Erkrankung an Magenkrebs, der schließlich zum Tode führte. Danach komme ich zu dem Gutachten, daß der Tod des Steinhauserpoliers S. höchstwahrscheinlich mit dem im August 1907 erlittenen Betriebsunfall in ursächlichem Zusammen-hange steht und auf diesen zurückzuführen ist.“ Da nun der behandelnde Arzt Dr. F. — entgegen des Prof. S. und Dr. M. und des Sanitätsrats Dr. M. — den Tod des S. nicht auf Unfallfolgen zurückführte, legte auch hiergegen die Berufsgenossenschaft Re-kurs ein.

Am 10. Juli 1912 hatte sich nun das Reichsversicherungsamt zum zweitenmal mit dieser Streitsache zu befassen. Es war noch Prof. E. gutachtlich gehört worden; aber auch diese Begut-achtung war nicht klärend ausgefallen, sondern wies zweifelhafte Momente auf. Dennoch verurteilte das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaft zur Zahlung des Sterbegeldes und der Hinter-bliebenenrente nebst Kostenerstattung an die Witwe S. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.:

„Das Reichsversicherungsamt ist der Ansicht des Schieds-gerichts beigetreten, obwohl das von der Beklagten eingeholte Gutachten des Geh. M.-R. Prof. E. in seinem Nachtrag vom 15. November 1911 schließlich dahin lautet, daß der ursächliche Zusammenhang mit dem Unfall nicht unwahrscheinlich sei, daß aber eine überwiegende, d. h. starke Wahrscheinlichkeit dafür nicht bestehe. ... Das Reichsversicherungsamt ist daher, ohne in der rein ärztlichen Beurteilung von dem Gutachten des Prof. E. ab-zuwweichen, in anderer Würdigung der tatsächlichen Beweisfragen zu demselben Ergebnis gelangt, wie auf Grund des Gutachtens des Sanitätsrats Dr. M. in S. vom 24. Mai 1911 das Schieds-gericht, nämlich, daß der Magenkrebs, der zum Tode des S. ge-führt hat, mit einer überwiegenden und an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit durch den Unfall vom August 1907 verursacht worden ist. ... Der Nachweis einer Verletzung des Magens durch den Unfall vom August 1907 ist daher, obwohl ein unmittel-bar darauf eintretendes Magenbluten oder Erbrechen nicht nach-gewiesen ist, durch die alsbald nach dem Unfälle einsetzenden glaub-haften Klagen des Verletzten über Schmerzen in der Magenenge, Appetitlosigkeit, Erbrechen und bergelchtes Gefühl. Die unmittel-bare Aufeinanderfolge der Krankheitserscheinungen von dem ersten Unfälle ab bis zum deutlichen Auftreten des Magenkrebses ist ebenfalls damit nachgewiesen. Die Zeiträume, die zwischen dem ersten Unfälle vom August 1907 und den ersten erkennbaren Er-scheinungen des Krebses gelegentlich des zweiten Unfalles vom 22. Juli 1908 und zwischen dem letzteren und dem am 10. Juli 1909 erfolgten Tode des Verletzten liegen, sind nach ärztlicher Erfahrung mit der Annahme, daß der Krebs durch den Unfall vom August 1907 verursacht worden ist, wohl vereinbar. — Aus diesen Gründen waren die Entstehung des Magenkrebses bei S. und sein durch diese Krankheit herbeigeführter Tod als Folgen des Unfalles vom August 1907 anzusehen usw.“

Somit ist von der höchsten Instanz in diesem Unfallstreitver-fahren nach mehrjähriger Prozedurdauer der Tod infolge Magenkrebs als Betriebsunfallfolgen anerkannt worden. Nicht weniger als fünf ärztliche Sachverständige hatten in dieser prinzipiellen und sehr wichtigen Streitsache ihr Urteil abgegeben! Trotzdem einige dieser Gutachter sehr verschiedene wissenschaftliche Auffassungen bekundeten, urteilte das Reichsversicherungsamt dennoch auf Grund des wirk-lichen Sachverhalts und Tatbestandes unserer Auffassung nach nur korrekt. Möge deshalb vorstehende Entscheidung von unsern Lesern infolge ihrer prinzipiellen Wichtigkeit auch beachtet werden. R. V.

## Rundschau.

### Das Unterrichtsweisen der deutschen Konsumvereine.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat im Jahre 1910 den Beschluß gefaßt, das Fortbildungswesen für die deutschen Konsumgenossenschaften zu organisieren. Es ist ein besonderer Bil-dungsfonds geschaffen, den die Konsumvereine durch freiwillige Gaben dotieren. Zur Regelung aller Bildungsangelegenheiten wurde eine eigene Bildungs-Kommission eingesetzt. Die Arbeiten des Fort-bildungswesens bewegen sich in zwei Richtungen. Einmal will man planmäßig die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder zu Son-natagskonferenzen für kleinere Bezirke zusammenberufen, bei denen 100 bis 200 Leute erscheinen und einen Vortrag über eine wichtige genossenschaftliche Frage anhören. Diese Vorträge sowie der Meinungsaustausch, der sich anschließt, werden sehr zur Vertiefung des Verständnisses der genossenschaftlichen Probleme. Man hat aber sofort eingesehen, daß es nicht genügt, nur solche einmalige Vorträge zu arrangieren, sondern daß daneben auch Unter-richtskurse von längerer Dauer notwendig sind. Es wurde deshalb im Anfang dieses Jahres mit zwei Unterrichtskursen in Thüringen begonnen. Daran schloß sich dann ein Unterrichtskurs in Siegen für Schlesien. Nachdem diese drei Kurse vorüber waren, hatte man ein gutes Bild von den Bedürfnissen und Schuf-dann die endgültige Einrichtung. Die Kurse dauern nun-mehr acht Wochen. Zu diesen großen Kursen werden lediglich Vorstandsmitglieder zugelassen. An den Sonntagen sprechen dann die Lehrer über einige der wichtigsten Unterrichtsthemen nach vor den aus dem Kursgebiete zusammenberufenen Aufsihtsra-t-mitgliedern. Die Vorstandsmitglieder werden in Durchführung, Vertretung, Rechtsfragen und den Beziehungen zu den Ge-werkschaften unterrichtet. Ein Genossenschaftler und ein Chemiker teilten sich in den Unterricht über Warenkunde und Warenverfälschungen. Ferner erhalten die Kursisten einen Ueber-blick über die zweidimensionalen Agitations- und Propagandaformen. Daneben wird die theoretische Unterweisung nicht vernachlässigt. Es sind Vorträge über Nationalökonomie, Geschichte und Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung vorgelesen. Der vor kurzem zu Ende gegangene Kursus in Nürnberg zeigte, daß diese Art der

**Kursusorganisation praktisch und zweckmäßig ist.** Es wird übrigens der Anschauungsunterricht nicht versäumt. Die Kuristen beschäftigen die Einrichtungen der in der Nähe des Kursorts gelegenen Konsumgenossenschaften. Ferner werden Agitationsversammlungen unter Teilnahme der Kuristen abgehalten, so daß diese auch hier an praktischen Beispielen sehen, wie es gemacht werden muß. Bei dem raschen Wachstum der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung sind diese Unterrichtskurse von ganz besonderer Bedeutung.

**Herr Fromm und seine „feine“ Kampfesweise.** In der letzten Nummer der „Keramarbeiterzeitung“ wird der Kollege A. Staudinger als Polizeispitzel hingestellt. Wir haben dieserhalb Herr Fromm sofort gerichtlich belangen lassen. Staudinger erhielt kürzlich eine Vorladung vor das Gericht; er sollte am 5. Juli in Rönitz unter freiem Himmel eine Versammlung abgehalten haben, welche nicht angemeldet gewesen sein soll. Staudinger wies nach, daß der Behörde ein großer Kapsus unterlaufen sei, indem er die Anmeldung nebst Stempelgebühren vorlegen konnte. Darüber Erstaunen bei der Gerichtsbehörde. Staudinger wurde vom Gericht laut Akten weiter darüber befragt, ob die Versammlung am Sandlitzberg, in welcher Herr Küper (ein christlicher Angefallter) am 28. Juni referierte, öffentlich war. Staudinger bejahte diese Frage. Weil also Staudinger vor Gericht eine Aussage machte, die anscheinend den Herren Christlichen nicht paßte, deshalb wird unser Kollege als Polizeispitzel hingestellt. Sollte denn etwa Staudinger vor Gericht eine unwahre Aussage machen? Schließlich hat Staudinger seine Aussage vor Gericht noch zu beideln, soll er vielleicht einen Meineid leisten?

Wer gegen Küper Anzeige erstattet, ist uns förmlich unbekannt, und daß überhaupt eine Anzeige eingegangen war, erfährt Staudinger erst bei der Vernehmung.

Die Christlichen scheinen über unsern Verband eine unbändige Wut zu haben, weil die Bekämpfung uns gegenüber eine so nichtswürdige genannt werden muß.

**Die Geschäftsaussichten der Tiefbauindustrie.** Die Verwaltung der Julius-Berger-Tiefbau-Aktiengesellschaft in Berlin-Wilmersdorf führt unterm 23. September über die Aussichten der deutschen Tiefbauindustrie folgendes aus: „Die Aussichten der Tiefbauindustrie innerhalb des Deutschen Reiches sind unseres Erachtens im allgemeinen nicht schlecht, da sich durch die großen, vom Reich und den Bundesstaaten sowie von den Kommunen zu vergebenden Eisenbahn-, Kanalbauten usw. den Tiefbauunternehmern ein außerordentlich großes Tätigkeitsfeld eröffnet; andererseits sind die Preise, welche von den Tiefbauunternehmungen erzielt werden können, insofern des Wettrennens bei den Submissionen in der Regel gedrückt. — Wie bekannt sein dürfte, hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten durch Erlaß vom 22. März 1912 wiederholt darauf hinzuwirken versucht, daß bei Vergabungen solche Angebote von der Berücksichtigung ausgeschlossen sind, die eine in offenkundig Mißverhältnis zu der Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, so daß nach dem geforderten Preis an und für sich eine tüchtige Ausführung nicht erwartet werden kann. Eine tiefergehende Wirkung dieses Erlasses ist bisher, soweit wir beobachten konnten, noch nicht in die Erscheinung getreten, doch steht zu hoffen, daß die überaus verständige Auffassung des Herrn Ministers in absehbarer Zeit günstige Erfolge zeitigen wird.“

**Mansfelder Schlackenpflastersteine.** Die Handelsabteilung der Mansfelder Kupferhüttenwerke in Eisleben hat auf der Städteausstellung in Düsseldorf ihre Schlackenpflastersteine zur Ausstellung gebracht und zwar ist im Richtig ein Stück Straßenpflaster aus diesen Schlackensteinen ausgeführt, ebenso ein Fahrweg in Sandbettung mit eingebautem Straßenbahngleis. Die Bürgersteige des Richtig zeigen Einfassungs- und Bordsteine aus Mansfelder Schlackensteinen hergestellt. Im Ausstellungshof sind außerdem noch 250 Quadratmeter Pflaster mit diesen Schlackensteinen ausgeführt. Wie sich die Produktion der Schlackensteine gehoben hat, zeigen nachfolgende Ziffern: Es wurden hergestellt: Im Jahre 1874: 394 000 Stück, 1900: 15 720 000 Stück, 1911: 18 000 000 Stück oder rund 500 000 Quadratmeter Schlackenpflastersteine. Die Steine werden auf den Hütten der Mansfelder Kupferhüttenwerke in Eisleben aus der flüssigen, bei der Gewinnung von Kupferstein fallenden Hochschmelze durch Temperguß hergestellt, und zwar in folgenden Abmessungen:

Bürfel . . . . .	ca. 16x16 cm	Kopf, 15-17 cm	Höhe
Rechtecksteine . . . . .	18x12	15-17	11
Niedere Steine . . . . .	16x16	10-13	11
Niedere Steine . . . . .	16x16	12-14	11
Platten . . . . .	31x31	10-12	11
Bordsteine . . . . .	25x21		
Bordsteine . . . . .	25x16	Fuß, 30-35	11

Die Mansfelder Werke treiben für ihre Erzeugnisse eine ungeheure Agitation. Ihre Vertreter halten gute Fühlung mit den Stadtverwaltungen, daraus können unsere Granitindustriellen noch manches lernen. Vom sachtechnischen Gesichtspunkt aus kann das Schlackenpflaster mit den Naturpflastersteinen absolut nicht wett-eifern.

**Ungeheure Differenz.** Zum Bau der Viktoriastraße in Essen wurden soeben die Steinmeharbeiten vergeben. Es forderten: Daniel Adolphs, Essen . . . . . 11 124,50 Mk.  
Fr. Vogel, Sprochhövel . . . . . 14 070.—  
Deutsche Steinwerke G. Better, A.-G., Eltmann 20 258.—

Die Preisunterschiede sind geradezu haßnebüchig zu nennen. Ein- und Ausfuhr von Pflastersteinen. Vom Januar bis August dieses Jahres wurden 3 774 639 Doppelzentner Pflastersteine eingeführt. Die Ausfuhr betrug 521 425 Doppelzentner, davon gingen nach den Niederlanden 234 811.

**Niesensberg.** In der Nähe von Cannstatt (Württemberg) wird ein ca. 100 Meter hoher Berg abgetragen, damit Raum wird für die zu erweiternde Bahnhofsanlage. Um die Abtragung schnell bewerkstelligen zu können, wird extra ein Niesensberg errichtet, welcher täglich 1000 Kubikmeter befördern kann.

**Bekanntnisse einer schönen Zentrumsseele.** An den früheren Redakteur G. E. S. der „Münchener Arbeiterzeitung“ „Gewerkschaftsstimme“, der jüngst vor dem Münchner Gericht eine so merkwürdige Rolle spielte, hat ein Münchener Gladbacher Beamter des katholischen Volksvereins einen Brief geschrieben, den ein „religionsfeindlicher“ Zufall auf den Redaktionstisch der liberalen „Münchener Arbeiterzeitung“ hat fliegen lassen. Es heißt darin:

„Hier bei uns ist alles beim alten. Der Betrieb im Volksverein schreitet einen Tag nach dem andern im alten Tempo weiter. Dazu kommt das stumpfsinnige Milieu Glabachs, das Sie ja jedenfalls noch in graulichster Erinnerung haben. Ich verstaube gerade jetzt, etwas Breche in die hiesige Stupidität zu legen, indem ich von Dr. Popp aus München, mit dem ich gut befreundet bin, zwei öffentliche Vorträge . . . besorgt habe. Der zweite ist besonders für Arbeiter berechnet, aber die lieben Glabbacher „Arbeiter“ (Sie kennen ja deren geistigen Querdurchschnitt!) zeigen wenig Interesse. . .“

Der „geistige Querdurchschnitt“ des ganzen Münchener Gladbacher Betriebes ist freilich kein Geheimnis, und die Veröffentlichung des Briefes bedeutet in dieser Beziehung keine Indiskretion. Und daß einzelne der zentrumschriftlichen Arbeitervereine sich des „stumpfsinnigen Milieus“ von München-Glabach bewußt werden, könnte als ehrenvolles Zeichen von geistigen Erwachens gedeutet werden, wenn

die Herren den Mut hätten, diese ihre Erkenntnis nicht bloß unter sich laut werden zu lassen.

**Literarisches.**

Die gelbe Schutztruppe der Unternehmer, nach einem Vortrage von Heinrich Schneider. Verlag der Volkswirtschaftlichen (Dörfler u. Mey), Hannover. (Preis 30 Pfg.) Die Broschüre enthält eine Fülle beweiskräftigen Materials gegenüber den Gelben. Man wundert sich, daß diese gelben Arbeiterverräter überhaupt so an Anhang gewinnen konnten.

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.**

Die Wahl der Beiratsmitglieder ist in der Nr. 40 des „Steinmetzen“ ausgeschrieben und soll in Mitgliederversammlungen vom 6. bis einschließlich 26. Oktober vollzogen werden. Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen.

Die Auszahler der Reiseunterstützung werden wiederholt ersucht, die statutarischen Bestimmungen zu beachten. Zur Auszahlung von Reiseunterstützung sind nur die Orte berechtigt, die auf der Rückseite der Reiselegitimation aufgeführt sind.

**Quittung.**

Eingegangene Gelder vom 30. Septbr. bis mit 5. Oktober 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).  
Aue, B. 562,20, E. 3,50, K. 13.—, M. 16.—. Bad Nibling, B. 170,24, E. 4.—, K. 0,75. Arnstadt, B. 75.—, M. 3.—. Bochum, B. 75.—. Bernburg, B. 152.—, E. 2.—, K. 2,60. Gebweiler, B. 40.—. Goldberg, ? 200.—. Jannowitz, B. 294.—. Kirchenlamitz, B. 392.—, K. 8.—. Kappelrodeck, B. 40.—. Lüneburg, B. 15.—. Mittweida, B. 756.—, M. 4,20, Ins. 1,20. Miltenberg, B. 63.—, K. 3.—, M. 3.—. Raumburg, B. 213.—, K. 3.—, M. 1.—. Nebra, B. 18,90, K. 0,00, M. 2,40. Plauen, B. 136.—. Straßburg, B. 750.—. Zwickau, B. 71,25. Neuchâtel, Ins. 5,20. Brüg, Ab. 1,20. Saubsdorf, 1,20. Markgrafstädt, B. 7,80. Pöbnd, B. 0,60, E. 0,50. Wäbendorf, B. 3.—. Ober-Glogau, B. 3,60. Eilenburg, B. 4.—. Werburg, B. 4,80. Fagen, B. 4.—, K. 0,10. Dortmund, B. 4,20. Rothenburg, B. 4,80. Saugensalza, Ins. 2,40. Neusalza, Ins. 1,40. Zwickau, B. 28,75, M. 3.—. Seuffen, B. 472.—, E. 3.—. Niedermendig, B. 126,88. Mannheim, B. 663,50, E. 5,25, K. 5,40, M. 4,80. Mainz, B. 375.—, M. 10.—. Kreuznach, B. 40,32, K. 0,80. Heibingsfeld, B. 300.—. Hamburg I, B. 850.—, E. 10.—, K. 30.—, M. 24.—. Heppenheim, B. 570.—, K. 20.—, M. 7,20. Frankfurt a. D., B. 95.—, K. 0,90, M. 2.—. Friedenhausen, B. 373.—, E. 4.—, K. 7.—, M. 16.—. Köln, B. 600.—, K. 10.—, M. 18.—. Beuthen, B. 46.—, E. 0,50, M. 1,60. Amorbach, B. 27,30, K. 0,30, M. 7,40. Aaleben, B. 49,25. Bad Nibling, K. 1,75, M. 5.—. Altleiningen, B. 103,88, E. 4,50, K. 1,80, M. 0,80. Breitenborn, B. 427,40, E. 1.—, K. 5,20, M. 0,40. Planenburg, B. 58,52, E. 1.—, K. 0,50, M. 0,40. Bülow, B. 163,78, K. 0,80, M. 3.—. Düsseldorf, B. 500.—. Ebersbach, ? 86,45. Eckartshausen, B. 26,86, K. 0,20, M. 1.—. Falkenhain, B. 236,20, K. 11,60. Flossenbürg, B. 44,10, E. 3,50, K. 1,80, M. 1,20. Gäßlicht, B. 1043.—, E. 19,25, K. 23.—, M. 12.—. Kelbra, B. 42.—, E. 0,50, K. 10.—. Kirchhausen, B. 510,54, E. 1.—, K. 9,50, M. 1,90. Ludwigshafen, B. 150.—. Mittweida, B. 252.—, E. 4.—, M. 1,20. Mannheim, B. 121,50. Oberstein, B. 12,96. Rüdgers, B. 67,10, E. 2.—, K. 11,20, M. 5.—. Rammelsbach, B. 372,98, E. 6,50, K. 2,60, M. 1.—. Schüren, B. 71,50, E. 0,50, K. 0,40. Striegau, B. 597,68, E. 25,50, K. 66,20, M. 34.—. Wenig-Radwiz, B. 302.—, E. 1.—, K. 1,30. Mannheim, B. 34,75, K. 3.—. Hamburg, Ins. 26.—. Eutin, B. 20.—, E. 0,50, K. 0,90, M. 0,20, Div. 0,20. Bedenkirchen, B. 4,80, K. 0,20. Rößschütz, B. 3,20, K. 0,30. Langenhorn, B. 2,40, K. 0,10. Geithain, B. 13,20, K. 0,40. Dramburg (bursch. Haus), B. 4,40. Bergfeld, ? 11,40. Straßburg, B. 108,50, E. 2,75, K. 54,60, M. 10.—. Hiesla,

B. 82.—, E. 2,50, K. 2,75, M. 2.—. Ortenberg, B. 26.—, K. 4.—. Neu-Cunnersdorf, B. 89,80. Leipzig, B. 500.—, E. 10.—, K. 30.—. Rüttschbach, B. 197,28, K. 2,25. Arnstadt, B. 323,44, E. 5,50, K. 12,85, M. 7,40. Gäßlicht, B. 196,70, E. 2.—, K. 7,20, M. 2,80. Hamburg II, B. 122.—, M. 10.—. Gemsbach, B. 24.—. Einbeck, B. 192.—, M. 7.—. Deutmannsdorf, B. 79,70, K. 4,90, M. 4.—. Brandenburg, B. 26,70, K. 0,30. Brüd, B. 222.—, K. 14.—, Ins. 2,60. Bunzlau, B. 150,25, K. 31,20, M. 4,60. Deutmannsdorf, B. 30.—.  
Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**

Heibingsfeld bei Würzburg. Die Zahlstellenverhältnisse werden ersucht, mir die Adresse der Kollegen Johannes Matutschka und Christian Vitzke bekanntzugeben.

Michael Conrad, Vorsitzender.  
Hof. Die zureisenden Granitarbeiter werden dringend ersucht, bevor sie zusprechen, sich erst bei der Ortsverwaltung zu melden.

Jena. Der Kollege Heinrich Kleinauf in Erfurt wird an seine Verpflichtungen den hiesigen Kollegen gegenüber erinnert. — Der Schleifer Herr Schnappaus aus Neuhammer hat sein Buch in Unordnung zurückgelassen.

H. Demser, Kassierer.  
Kiel. Der Kollege Karl Jahnke, geboren am 27. Oktober 1891 in Hensburg, hat hier seine Interimskarte in Unordnung liegen lassen.

Wilh. Mohns, Vorsitzender.  
Kirchhausen. Der Kollege Joseph Sponseldner, geboren am 30. Mai 1890 in Niederrunding, möge seinen Verbandspflichten unverzüglich nachkommen, widrigenfalls nach dem Statut verfahren wird.

Michael Fernbecher, Kassierer.

**Adressen-Änderungen.**

Bremen. Vorf.: C. Maus, Frielinger Straße 27, I.  
Dreslau. Kass.: H. Zetsch, Goethestraße 72.  
Darmstadt. Kass.: E. Schmidt, Ballonplatz 3, Hths. pt.  
Einbeck. Vorf.: Heinrich Schumler, Venjer Mauer.  
Kaiserslautern. Vorf.: Franz Ringelgen, Fabrikstraße 15.  
Mühlhausen (Elb.). Kass.: Fr. Klaus, Amselfstraße 3, III.  
Schwarzenbach. Kass.: August Lucas, Mittelwegstraße 337.  
Wenig-Radwiz. Kass.: Max Rathmann, Groß-Walditz a. W.

**Briefkasten.**

„Deine Einsendung ist so famos geschrieben, daß es uns unmöglich ist, eine Entzifferung vornehmen zu können. Willst Du das Ergebnis nochmals ins Leben zurückrufen, gut, das Manuskript steht zu Deiner Verfügung. Besten Gruß! — W. . . . .“  
„Die Norddeutsche Lloyd besitzt zurzeit 84 Schiffe und 342 Küstenfahrzeuge. — E. L. in L. Es ist gut, daß der Sturz so gefahrlos verlaufen ist. Viele Grüße an die Kollegen! — A. in P. Zu 1: In Deutschland sind zurzeit 490 Gewergerichte vorhanden. Durch Vergleich wurden im Jahre 1911 4682 Klagen erledigt. Zu 2: Auf 1000 Einwohner kamen im Jahre 1910 17 Gestorbene. Die dritte Frage können wir nicht beantworten. — Vergleiche. Besten Dank! — Vöbau. Steht uns nichts zur Verfügung. — E. Müffen denn alle veröffentlicht werden, welche ihre Interimskarten liegen lassen? — Taubenheim. Im Handumdrehen lassen sich solche Sachen nicht erledigen. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob . . . . .“  
„Die kleinen Aufsätze überhaupt eine Drucklegung möglich ist. — Dales. Deutschland hat eine Schuldenlast von 5 409 000 000 Mk. Jährlich müssen 177 300 000 Mk. Zinsen entrichtet werden. Das macht pro Jahr und Kopf etwa 2,70 Mk. aus. Von 1872—1910 sind insgesamt für Meer und Marine 28 Milliarden in Deutschland ausgegeben worden.“

**BEREIT ANZEIGEN**

**Berlin.**

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr  
**Generalversammlung**  
im Gewerkschaftshause, Großer Saal, Engel-Ufer 15.

- Tagesordnung:  
1. Bericht vom 3. Quartal.  
2. Aussprache über den Münchner Verbandstag.  
(Protokolle sind noch im Verbandsbureau erhältlich. Kein Kollege sollte versäumen, dasselbe eingehend zu studieren.)  
Damit die Versammlung pünktlich eröffnet werden kann, ist frühzeitiges Erscheinen notwendig.

Sonnabend, den 19. Oktober, in den Oepheus-Sälen, Brückenstraße 2 (an der Jannowitzbrücke)

**Humoristischer Lichtbilder-Vortrag**  
mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein und Tanz.  
Eintritt 30 Pfg., inkl. Garderobe. — Anfang 8 Uhr.  
Billets sind in den Zahlstellen und bei den Platzverretern erhältlich.  
Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Meissen II.**

Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr  
**Quartals-Versammlung**  
im Gasthof zu Nieschütz.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Zweck und Nutzen des Verbandes. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Hartwerk  
Aue (Erzgebirge) 16  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Wadftin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Ich versende nach allen Orten:  
**1a Steinmetzhobelstahl** pro 1 kg 1 Mk., bei 25 kg 85 Pfg.  
**Steinmetzbleistifte** mit Hartblei, pro Groß 2 Mk.  
**Steinmetzbleistifte** (echte Rehbach) mit Hartblei, pro Groß 2,25 Mk., bei 10 Groß 2,10 Mk.  
**Steinmetzbleistifte** 40 cm lang mit extra Hartblei, pro Groß 7,50 Mk., bei 5 Groß 7 Mk.  
**1a Steinmetzbesen** von Kofos, pro Duzend 4,50 Mk.  
**1a Buchsbaum-Massstäbe** mit 6 Gliedern und extra tiefen Raffen, pro Duzend 4,50 Mk.  
Walter Kluth, vorm. Otto Bernhardt  
Dresden, Blumenstrasse 19.

**Pflastersteinschläger**  
für polygonale Kopfsteine 2. Klasse bei gut. Affordabz werd. für dauernd eingestellt.  
Schwerzer Quarz-Porphyr-Werke, Stat. Nienberg.

**Für Jahresarbeit**  
**Einige tüchtige Bossierer u. Pflastersteinschläger**  
auf Kleinplaster sofort gesucht. Reise wird bezahlt.  
Otto Wike, Bruchmeister, Drobitz b. Halle a. S.

**Danksagung.**  
Den Brüdern und Steinmetzen, welche sich so zahlreich an der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Wilhelm Schneider**  
beteiligt haben, sage ich herzlichsten Dank. Desgleichen danke ich dem Steinmetzen Gustav Kreis für seine trostreichen Worte am Grabe. Während der langwierigen Krankheit meines Mannes sind mir aus der Arbeiterschaft so viele Beweise des Wohlwollens geworden, daß ich nicht in der Lage bin, jedem einzelnen dafür danken zu können. Diese rührige Anteilnahme werde ich nie vergessen.  
Alt-Warthau, den 7. Oktober 1912.  
Minna Schneider nebst Kinder.

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)  
In Alt-Warthau am 3. Oktober der Sandsteinmetz Wilhelm Schneider, 32 Jahre alt, an der Brustkrankheit. — Der Verstorbene war ein treues Mitglied unseres Verbandes, der sich besonders durch seinen offenen Charakter auszeichnete.  
In Mittweida am 1. Oktober der Pflastersteinmetz Heinrich Johann Schmidt, 56 Jahre alt, an Nierenkrankheit.  
In München der Sandsteinmetz Wolfgang Stiegenmeier, 53 Jahre alt, an Wasserucht.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Die moderne Denkmalskunst auf den Friedhöfen.

III.

Bei der beginnenden Gesundung unserer Friedhöfeverhältnisse kann aber nicht genug davor gewarnt werden, durch schematische Reglementierung ähnliche trostlose Bilder des ewigen Einesleis hervorzurufen, wie sie nun bald glücklicherweise überwunden sein werden. Das Bestreben, für einzelne Felder bestimmte Formen, Dimensionen und Materialien vorzuschreiben, muß aber notwendigerweise die Folge haben, und würde nicht weniger monoton wirken, wie die verpönte Ansammlung schwarzpolierter Denkmäler. Der ganze Zweck der Friedhöfeverwaltungsbestrebungen war ja, das ewige Eineslei zu unterbrechen und mehr Abwechslung in die Gräberfelder hineinzutragen.

Man will sogar den karratischen weißen Marmor von den Friedhöfen verbannen, das gestaltungsfähigste Material unter allen Gesteinen der Erde! Das wäre ein unerleiblicher Verlust für die Friedhofskunst. Wir brauchen nur auf die herrlichen Meißnerwerke in diesem unvergleichlichen Material auf unsern Friedhöfen und andern Plätzen zu verweisen, um das Unüberwindliche einer solchen Vorschrift zu erkennen. Oder man betrachte die einzigartigen italienischen Friedhöfe, den „Campo Santo“ in Mailand und andre. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß gerade dunkles Material in künstlerischer Ausführung und am richtigen Ort in hohem Maße geeignet ist, die stimmungsvolle Wirkung auszulösen. Nichts Helles, nichts Dunkles! Was bleibt da am Schluß noch übrig, als wiederum ausdruckslose glatte Mittelmäßigkeit. Der Entwicklungsmöglichkeit der Denkmalskunst wird durch Beschränkung der zugelassenen Materialien eine enge Grenze gezogen, die im Interesse der Kunst nur zu bedauern ist.

Es läßt sich nicht leugnen, daß ohne eine bestimmte Regelung und Rücksichtnahme der Grabstellenbesitzer sich eine Neugestaltung unserer Friedhöfeverhältnisse nicht durchführen läßt. Jedoch darf dieselbe nicht im Sinne bureaukratischer Reglementierung vor sich gehen. Durch die Vorschriften der vorherigen Einrichtung der Denkmalszeichnungen haben es die Friedhöfeverwaltungen in der Hand, Anpassendes und die Umgebung Störendes zu beanstanden und durch Belehrung auf das Publikum einzuwirken. Das erfordert viel Tatgefühl und Verständnis für die einschlägigen Fragen. Man bedenke auch, daß ein Friedhof nicht mit dem gleichen Maße zu messen ist, als wie eine öffentliche Promenadenanlage, die ein Stadtgärtner nach seinen Ansichten durchführen kann.

Wiel nötiger als Vorschriften in bezug auf zugelassene Gesteine oder Bearbeitungsarten ist oft auch die Ausführung der Arbeiten selbst. Was nicht es, wenn die engen Grenzen in der Verwendung bestimmter Materialien gezogen werden und die zugelassenen Materialien werden in Ausführung geliefert, die jeder Beschreibung spottet. Die Mängel exakter Ausführung werden dann mit aufdringlicher Goldberkleibung verdeckt. Die Konkurrenz ist unter den Grabsteingeschäften eine außerordentlich scharfe, man muß sie an manchen Orten eine direkt häßliche nennen. Leider läßt sich das laufende Publikum in vielen Fällen durch Preisunterbietungen täuschen. Im Grabsteingewerbe wird aber ebenmäßig für Schundpreise Qualitätsware geliefert, als in andern Geschäftszweigen. Hier auffärend bei Lieferanten und Publikum zu wirken, wäre ein verdienstliches Werk aller berufenen Instanzen.

Neben der Förderung gediegener, handwerksmäßig ausgeführter Arbeiten ist es ebenfalls zu begrüßen, daß verschiedene Friedhöfeverwaltungen dazu übergehen, die Verwendung aller Surrogate, Zement, Kunststein, Glasplatten, zu verbieten. Mit diesen Stoffen sind schon manche Friedhöfe entstellt worden. Das gleiche gilt von den vielfach verwendeten Porzellanfiguren, Engeln und dergleichen, den eingebrennten Photographien, den allenthalben herumhängenden Papier- und Pergamenten. Hier ist ein Feld wirklicher Unkultur auf den Friedhöfen zu bekämpfen, um den oft jahrmärkismäßigen Einbruch zu beseitigen.

Die Frage der Denkmalsreform hat aber auch eine eminent bedeutungsvolle soziale und wirtschaftliche Seite. Die deutsche Granit- und Schieferindustrie beschäftigt

Tausende von Arbeitern, viele Millionen Mark sind in den Werken investiert. In manchen Gegenden Deutschlands gibt es Dörfer, in denen der größte Teil der männlichen Bevölkerung in dieser Industrie beschäftigt ist und die übrigen als Händler, Handwerker usw. indirekt ebenfalls vom Geschäftsgang in den Granitwerken abhängig sind. Die Industrie hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer gewaltigen Ausdehnung entwickelt. Ungehemmt durch irgendwelche einengenden Vorschriften sind Riesenerwerke entstanden in höchster technischer Vollendung. Das Material- und Polierverbot für Granit durch die Friedhöfeverordnungen stellt einen Eingriff in die Aufrechterhaltung des heutigen Umfangs der Produktion dar, der die Industrie in die schwerste Bedrängnis gebracht hat. Dies fällt um so schwerer ins Gewicht, als auch der Bedarf an Granitwerksteinen für Hochbauzwecke durch die Entwicklung der Eisenbetonbauweise erheblich zurückgegangen ist. Der Kampf gegen die Verwendung des Granits ist zum großen Teil einer Laune und dem augenblicklichen Geschmack einzelner leider sehr einflußreicher Personen entsprungen, ohne eine sachliche Berechtigung zu haben. Einer solchen Laune nun eine blühende Industrie mit Tausenden von Arbeitern zu opfern, ist wohl beispiellos. Wir nehmen an, daß keiner der führenden Künstler oder die Stadt- und Friedhöfeverwaltungen diese Absicht verfolgt oder sie nur vermutet haben. Niemand von diesen Kreisen wird aber die Verantwortung auf sich nehmen wollen. Für den Granit wird keine Vorkaufsstellung beansprucht, nur Gleichberechtigung neben jedem andern Naturmaterial auf den Friedhöfen. Diese werden dadurch nicht verlerren, sondern nur gewinnen können. Wenn wir eine wahre Friedhofskunst fördern wollen, so dürfen wir nichts ausschalten, kein Naturmaterial ausschließen, das zu künstlerischer Verwendung geeignet ist. Vor allem nichts, das an Dauerhaftigkeit und Schönheit den höchsten Ansprüchen genügt und den Vergleich mit jedem andern Material aushält. Wie unrecht man tut und wie man der Masse des Publikums die Möglichkeit nimmt, sich ein vorurteilsloses Bild zu machen, geht daraus hervor, daß man wiederholt Friedhofsausstellungen arrangierte, auf denen Granit nicht zugelassen oder ihre Zulassung durch rigorose Bestimmungen nahezu unmöglich gemacht war. In letzter Zeit muß anerkannt werden, ist man in dieser Beziehung weniger unduldsam gewesen. Die unüberwindliche natürliche Schönheit des Materials in Verbindung mit den künstlerischen Bestrebungen der Industrie hat sich trotz zahlreicher Anfeindung als siegreich erwiesen. In diesem Augenblick der wiederbeginnenenden Anerkennung des Granits ist es daher am wenigsten angebracht, durch Verordnungen, die sich als unberechtigt erwiesene Abneigung verewigen zu wollen. Auch klammert man sich nicht an das Polierverbot. Die Politur versteht dem Stein erst seine intimsten Netze und holt das Erbe aus ihm heraus. Ohne Politur wird der Granit vielen freudlos und grau erscheinen, viel von seiner Bestechlichkeit verlieren und nicht mehr zur Verwendung kommen. Vielleicht ist das teilweise die Absicht, damit wird aber die Bestrebungen der Friedhöfeverwaltungen nicht gerechert, und die Kunst wird nichts gewinnen. Und zum Schluß: „Unser Bauwerke, selbst unsere höchsten Dome, sie werden längst zu Staub zerfallen sein, wenn die granitnen Tempel und Kolosse an den Ufern des Nils noch aufrecht stehen werden.“

## Die Wirtschaftskämpfe der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

II.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblicher ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmern zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligter Gewerkschaften, betroffen wurden. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 70 917 Beteiligten. 88 Aussperrun-

gen erfolgten wegen eines Angriffstreifs und 46 wegen Forderungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schlossen 60 oder 29 Prozent mit vollem und 47 oder 22,7 Prozent mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter und für 82,1 Prozent der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden Aussperrungen in weit erheblicherem Umfange statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2968 Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitteldiensthaft zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19 351 996 Tage.

Der Geschlossenheit der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist es zu danken, daß die Unternehmer nur bei 22,3 Prozent der Aussperrungen ihren Zweck vollständig erreichten. 29,9 Prozent der Aussperrungen endeten dagegen mit vollem und 88,9 Prozent mit teilweisem Erfolg der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrungstaktik der Unternehmer abgefunden. Sie haben seit 1900 nicht weniger als 41 948 850 Mk. für Aussperrungen verausgabt. Ihre Opferfreudigkeit ist auch stärkste entwickelt und so können sie den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entgegensehen. Sie wissen, daß sie nur durch diese zu höherer Lebenshaltung gelangen werden und können alljährlich auf die Erfolge hinweisen, die sie erzielt haben.

Das Bestreben der Arbeiter, durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich auch einen größeren Anteil an den geistigen Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Erfolge das kraftvolle Ringen der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum gezeitigt hat. Durch die gesamten Bewegungen haben 1911 erreicht: 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden pro Woche und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 1 058 594 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 393 618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgemehrt wurde: Für 4350 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 19 127 Stunden, eine Lohnkürzung für 15 648 Personen von insgesamt 26 344 Mk. pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37 941 Personen. Der größte Anteil der Ertragsminderungen entfällt auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. Es wurde bei diesen erreicht: Für 207 583 Personen = 70,8 Prozent eine Arbeitszeitverkürzung von 534 984 Stunden und für 469 009 Personen = 79,2 Prozent eine Lohnerhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen = 29,2 Prozent eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen = 20,8 Prozent eine Lohnerhöhung von 239 531 Mk. pro Woche.

Die Feststellungen über die Resultate der Bewegungen erfolgen seit dem Jahre 1905. Soweit dafer die Erfolge bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in Frage kommen, gewähren die 7 Berichtsjahre folgendes Bild:

Es erreichten:

Arbeitszeitverkürzung pro Woche:	
1905 . . . . .	183 658 Personen zusammen 686 137 Stunden
1906 . . . . .	337 441 " " 1 298 725 "
1907 . . . . .	245 005 " " 900 789 "
1908 . . . . .	50 324 " " 183 751 "
1909 . . . . .	68 704 " " 215 813 "
1910 . . . . .	344 570 " " 756 564 "
1911 . . . . .	203 316 " " 760 594 "

  

Lohnerhöhung pro Woche:	
1905 . . . . .	412 331 Personen zusammen 857 524 Mk.
1906 . . . . .	684 157 " " 1 271 208 "
1907 . . . . .	497 963 " " 955 371 "
1908 . . . . .	236 641 " " 365 923 "
1909 . . . . .	243 400 " " 420 744 "
1910 . . . . .	827 627 " " 1 815 587 "
1911 . . . . .	592 066 " " 1 058 594 "

Eine Summierung dieser Ziffern würde deren Eindruck wesentlich erhöhen, aber kein richtiges Bild geben. Es wird

## Zwei große Talsperren.

Die Talsperre in Mauer (Schlesien) wird in einigen Wochen fertiggestellt sein. Der Damm wird durch dieses Kulturwerk in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, bei starken Niederschlägen und Wellenstößen aus seinen Ufern treten zu können. Und dieses sonst nicht breite Ufer hat bisher schon ungeheuren Schaden angerichtet. Besonders schwer wurden die Döberitzer-Anwohner durch das große Hochwasser im Jahre 1897 geschädigt. Seitdem hatieren die Bestrebungen, eine Talsperre zu errichten. Damals wurde besonders das Städtchen Lahn im Kreise Jüdenberg schwer geschädigt. Die Talausmündung bei dem Dorfe Mauer ist für eine Talsperre wie geschaffen. An den beiden Ufern des Böhres erheben sich gewaltige Felsenmassen, so daß eine natürliche Abtauung von selbst gegeben ist. Beim Talsperrenbau sieht man auf ein mächtiges Basaltvorkommen. Sofort ging man dazu über, zwei größere Schotterwerke anzulegen, welche täglich etwa 40 bis 50 Eisenbahnladungen an Schotter liefern, Grus usw. produzieren. (Nebenbei sei bemerkt, daß die Schotterwerkarbeiter sich kürzlich unserm Verbande beigetreten sind.) Unsere Leser wird es höchlich interessieren, wenn wir einige statistische Ziffern über die Talsperre vorführen.

- Inhalt des Staubeckens: 50 Millionen Kubikmeter.
- Oberfläche des Staubeckens: 240 Hektar.
- Größe Wassertiefe: 60 Meter.
- Größe Wassertiefe: 58 Meter.
- Breite der Sperrmauer unten: 53,3 Meter.
- Breite der Sperrmauer oben: 7,2 Meter.
- Länge der Sperrmauer: 289 Meter.
- Masse des Bruchsteinmauerwerks: 250 000 Kubikmeter.
- Hochwertiges Niederlagerebet: 1210 Quadratmeter.
- Wauzeit: Vom Januar 1904 bis Oktober 1912.
- Kosten der Bauarbeiten: 5 730 000 Mark.
- Für das Kraftwerk benutzbarer Stauraum: 20 Millionen Kubikmeter.

Der durch die Talsperre geschaffene See nimmt eine Fläche von 240 Hektar ein. Döberitzerwärts gemessen, wird sich diese künstlich geschaffene Wasserfläche in einer Länge von circa 8 Kilometer hin-

ziehen. Die Sperrmauer ist so berechnet, daß sie eine zwanzigfache Sicherheit vertragen kann. Zur weiteren Sicherheit sind noch einige Entlastungsabgüsse angebracht, damit ja nach menschlichem Ermessen alle dementsprechenden Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind. Das im Staubecken angesammelte Wasser wird durch vier Höhren von je 2 Meter Durchmesser abgelassen und dient zur Speisung eines Elektrizitätswerks mit etwa 8000 Pferdekraften. Die Bauarbeiten der ganzen Umgebung werden dadurch in die Lage versetzt, auf eine billige Weise in den Bezug elektrischer Kraft zu gelangen.

Die Sperrmauer, ganz aus Bruchsteinen hergestellt, macht einen recht imponierenden Eindruck. Die Brüstungsplatten sind aus Striegauer Granit und tabellos ausgeführt. Vielleicht nehmen die Arbeiter des niederböhmerischen Sandsteingebiets die Gelegenheit wahr und unternehmen zu diesem interessanten Bauwerk baldigst eine Informationsreise.

Eine noch größere Talsperre wie in Mauer wird für das Ebbertal im Waldeckischen errichtet. Dieser Stauee wird 27 Kilometer lang sein, von Henschert (Waldeck) bis Herzhausen (Kreuztal) reichen, 42 Meter tief sein und mit seinen 200 Millionen Kubikmetern Wasser das ganze Ebbertal ausfüllen. Die gewaltigen Staumauern sind schon im Bau. 1915 wird das Tal auf immer verschwunden und seine Dörfer 20 bis 30 Meter unter dem Spiegel des Stauees versunken sein. Es handelt sich um drei Dörfer, die vollständig, und zwei Dörfer, die teilweise verschwinden; die größten sind Brinshausen und Berich, alte Dörfer in wunderbarer Umgebung. 150 Familien werden gezwungen, ihre alte Heimat zu verlassen, sie sind abgefunden worden. Nur wenige haben sich entschlossen, sich in der Nähe anzusiedeln; sie konnten es nicht über das Herz bringen, mitanzusehen, wie die später einherbrausenden Wasser ihre Häuser überfluten. Zum letztenmal wurde fest im Ebbertale Ernte gehalten, zum letztenmal wurden Scheunen gefüllt. Die Berichter reihen ihr alte Klosterkirche aus dem 14. Jahrhundert ab und bauen sie im neuen Dorfe wieder auf. Viele Bauern sind schon fort; in ihren Häusern, die später abgetragen werden, haufen jetzt italienische Arbeiter aus den Steinbrüchen.

Sicherlich ist die Schaffung von Talsperren kulturfördernder, als wenn Kanalschiffe gebaut werden.

## Aus der Achatindustrie.

In der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt darüber Reichstagsabgeordneter Georg Schöpplin folgendes:

In den Orten Idar und Fichtenstein hat eine ausgedehnte Edelstein- und Halbedelstein-Industrie ihren Sitz. Seit Mitte des 15. Jahrhunderts wird dort die Verfertigung von Schmuckgegenständen aus Achat betrieben; nebenbei werden Diamanten geschliffen. Während anfänglich das Steinmaterial aus den heimischen Bergen gewonnen und zu hundertfältigen Gierarten geschliffen und geschnitten wurde, stammen heute die verarbeiteten Halbedelsteine meistens aus Brasilien. Die Entdeckung der Steinbrüche in diesem Lande waren Idarers Schmucksteinarbeiter, die dort hin ausgewandert waren. Bei einem Gange durch die äußerst sehenswerte Gewerbestätte in Idar staunt man über die Fülle herrlichen rohen Steinmaterials; noch mehr aber über die aus ihnen gefertigten Schmuckstücke. Da liegen aus Stein gefertigte Gegenstände, die von einem hohen Grade künstlerischen Könnens, von emstigen Fleiße und geschickten Händen bereuets Zeugnis ablegen. Ich wünschte lebhaft, daß ein literarisch befähigter, künstlerisch begabter Fachmann die in der Idarer Gewerbestätte aufgespeicherten Kunstprodukte einmal eingehend besprechen möchte.

Mein lebhafter Wunsch, die Achatsteiner bei ihrer Tätigkeit beobachten zu können, wurde sofort erfüllt. An der mit hohem Gefälle dahinjagenden Idar stehen die kleinen Schleifmühlen, die einen recht alterschwachen Eindruck machen. Tritt man ein, so ist der erste Eindruck verblüffend. Vor den etwa 1,40 Meter im Durchmesser großen und 30 bis 40 Zentimeter breiten Schleifsteinen aus feinem Sandstein, die nur zum kleinsten Teil über den Fußboden emporragen, liegen auf einem schwach zylindrisch ausgehöhlten Schemel die Schleifer — je zwei an einem Stein — und halten die zu schleifenden Steine gegen den rotierenden Schleifstein, der fortgesetzt mit Wasser bespritzt werden muß. Um genau den Schliß verfolgen zu können, müssen die Schleifer das Gesicht ganz nahe an den Stein heranbringen; gilt es doch, nicht nur aus freier Hand dem Stein die Form zu geben, sondern auch die in dem zu schleifenden Steinen enthaltenen Farben zur vollen Geltung zu bringen. Bis an die Ellbogen sind die Schleifer dabei durchdringt; dazu kommt die liegende Haltung des Körpers. Steis ist ein geheizter Ofen

sich vielfach um dieselben Personen handeln, die in den einzelnen Jahren Lohnhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen erreichten. Schon für die einzelnen Jahre sind Doppelzählungen vorhanden, weil diejenigen, die gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung erlangten, an beiden Stellen gezählt sind. Deswegen müssen wir uns damit begnügen, anzugeben, was in den einzelnen Jahren von den Arbeitern errungen oder von ihnen an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt worden ist. Auch so dürfte die Arbeiterschaft erkennen, daß ihre Kämpfe nicht vergeblich waren und ihr Aufstieg ohne die im Interesse der Junter fortgesetzte erfolgreiche künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen gesichert wäre.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159 628 Personen, 1910 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304 481 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Bauarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372 384 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52 480 Personen zum Abschluß kamen. Es wurden dann ferner Tarifverträge abgeschlossen: In der Metallindustrie in 539 Fällen für 54 550 Personen, im graphischen Gewerbe und der Papierindustrie in 65 Fällen für 16 328 Personen, in der Holzindustrie in 498 Fällen für 50 829 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 591 Fällen für 27 638 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 278 Fällen für 50 419 Personen, im Handels- und Transportgewerbe in 505 Fällen für 34 504 Personen und in den sonstigen Berufen in 192 Fällen für 17 733 Personen.

Schon im Bericht des Vorjahrs wiesen wir darauf hin, daß die Zahl der Fälle, in denen es zum Tarifabschluß kam, nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluß führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelzählungen der Tarife nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne Arbeitseinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluß kommt. Diese Doppelzählungen lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik unterscheiden.

## Die Erwerbslosenunterstützungs-Vorlage des Bauarbeiterverbandes.

Im „Grundstein“ Nr. 40 hat der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes eine Vorlage über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung veröffentlicht. Wir drucken die wichtigsten Paragraphen aus jener Vorlage ab, weil innerhalb unseres Verbands dieselbe Frage seit einigen Jahren ja eifrig ventiliert wird. Und auf der Münchner Generalversammlung wurde ja beschlossen, daß unsre Verbandsleitung eine dementsprechende Vorlage auszuarbeiten hätte. Es ist deshalb für unsre Leser sicherlich interessant, wenn wir die Vorlage des Bauarbeiterverbandes teilweise zum Abdruck bringen. Wir wollen dabei allerdings nicht behaupten, daß nun sofort innerhalb unsrer Reihen die Debatte über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung begonnen wird. Aber da eine so große Organisation, wie der Deutsche Bauarbeiterverband, nach langem Drängen eine solche Unterstüzungserweiterung vorschlägt, haben wir die publizistische Pflicht, davon unsre Leser aus Gründen der Objektivität zu unterrichten.

Die Vorlage lautet:

1. Nach zweijähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und Leistung von mindestens 88 Wochenbeiträgen können die Mitglieder im Falle der Krankheit oder Arbeitslosigkeit vom Verband unterstützt werden.

2. Beginn und Fortdauer der Krankheit (Erwerbsunfähigkeit) müssen von einem Arzte oder von einer Krankenkasse bescheinigt sein. Es ist Sache des Mitglieds, diese Bescheinigungen bei dem Zweigvereinsvorstand einzureichen und den Antrag auf Unterstützung zu stellen. Das erste Krankheitszeugnis muß unter Beifügung des Mitgliedsbuchs innerhalb sieben Tagen vom Beginn der Krankheit dem Zweigvereinsvorstand vorgelegt werden. Bei späterer Meldung wird der Tag der Meldung als erster Krankheitstag gerechnet.

3. Die Arbeitslosigkeit und deren Ursache sind, wenn Anspruch auf Unterstützung erhoben werden soll und kann, dem Zweigvereinsvorstand sofort, am Tage des Beginns, zu melden. Bei späterer Meldung gilt der Tag der Meldung als Beginn der Arbeitslosigkeit. Arbeitslose haben sich der vom Zweigverein eingereichten Kontrolle zu unterstellen.

4. Für die ersten sechs Werktage (Wartezeit) der Krankheit oder Arbeitslosigkeit sowie für die in die Arbeitslosigkeit fallenden einzelnen Tage mit Beschäftigung wird Unterstützung nicht gezahlt. Auch auf die Wartezeit werden einzelne, nicht im Zusammenhang stehende Tage der Arbeitslosigkeit nicht angerechnet.

vorhanden, damit die Schleifer von Zeit zu Zeit sich erwärmen können. Die Arbeit ist sehr ungesund, die Lebensdauer der Schleifer sehr niedrig. Was Wunder, wenn die Schleifer ab und zu eines schönen Tages das Gangwerk abstellen, die Mühle schließen und bei Spießbraten (ein an einem Spieß gebratenes Stück Fleisch) und einem ordentlichen Trunk sich Erholung gönnen. Sie wissen, daß sie doch nicht alt werden; warum sollen sie sich nicht auch gelegentlich ein paar gemütliche Stunden gönnen? Die meisten Schleifer arbeiten für eigene Rechnung. Sie kaufen das Rohmaterial und liefern ihre Großstücken Ware in der bestellten Form. Die Arbeit erfordert eine sichere Hand und gute Augen nebst großer Geschicklichkeit. Sozialdemokratische Wähler sind sie wohl in der Mehrzahl, aber für genossenschaftlichen oder gewerkschaftlichen Zusammenschluß sind sie nicht zu haben.

Die Beschäftigung von Diamantschleifereien beendete den Informationsgang. In Jbar werden hauptsächlich Diamanten aus Deutsch-Südwafrika geschliffen. Diese Arbeit ist körperlich nicht im mindesten anstrengend, nur vorzügliche Augen und genaue Kenntnisse der Steine sind erforderlich; selbstverständlich auch die Fähigkeit, aus dem Stein „etwas machen“ zu können. Die Diamantschleifer stehen sich materiell am besten. Ich habe von Wochenlöhnen von über hundert Mark reden hören, die allerdings nur von einzelnen erreicht werden. Lebhaftige Klage wurde über die von der Regierung eingesetzte Diamantenregie geführt, von der Diamantenhändler und Arbeiter behaupten, daß sie die Interessen der deutschen Arbeiter und Händler nicht berücksichtige, vielmehr in den Händen eines Amsterdamer Großhändlers sich befinde; eine Behauptung, die auch bereits in der Budgetkommission des Reichstags eine Bestätigung erfahren hat.

## Die Millionendruckerei.

In die Stätte, wo in rasloser Arbeit Papier zu Millionenwerten umgeschmolzen wird, in die „Millionendruckerei“ des Reiches, führt uns Fritz Kerns mit einem interessanten Aufsatz in Ueber Land und Meer, der sich mit der fortwährenden technischen Verbesserung der Reichsdruckerei beschäftigt und uns einen Blick in die Werkstatt tun läßt, in der mit gleichem Fleiße die braune unscheinbare Dreipennigmarke wie auch die leider selteneren braunen

5. Die sechstägige Wartezeit gilt als überwunden, wenn seit der letzten zusammenhängenden Erwerbslosigkeit von mindestens einer Woche noch nicht vier Wochen (24 Arbeitstage) verstrichen sind. In solchen Fällen wird Unterstützung vom Tage der Meldung an gezahlt.

6. Ebenfalls vom Tage der Meldung an kann Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden im direkten Anschluß an militärische Übungen (Reserve- und Landwehrübungen), an Inhaftierung (wegen Verbandsangelegenheiten), an Streiks und Aussperrungen und nach Beendigung von Maßregelungsunterstützung.

7. Nach überstandener Krankheit kann Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Wird ein Empfänger von Arbeitslosenunterstützung erwerbsunfähig krank, so erlischt die Arbeitslosenunterstützung; an deren Stelle tritt Krankenunterstützung. Beide Unterstützungen zusammen dürfen jedoch den Betrag der für die betreffende Beitragsklasse festgesetzten Arbeitslosenunterstützung nicht übersteigen.

8. Mitglieder, die von der Baugewerkschule, aus dem aktiven Militärdienst oder aus nicht unterstützungsberechtigter Haft entlassen werden, müssen nach ihrer Entlassung erst vier Wochen erwerbstätig gewesen sein, bevor sie Erwerbslosenunterstützung beziehen können, vorausgesetzt, daß sie vorher zwei Jahre Mitglied waren und 88 Wochenbeiträge gezahlt haben.

9. Krankenunterstützungen und Arbeitslosenunterstützungen (am Orte und auf der Reise), die in einen Zeitraum von 52 Wochen fallen, werden gegeneinander aufgerechnet. Alle Unterstützungen zusammen dürfen nicht höher sein als die für das betreffende Mitglied in Betracht kommende Arbeitslosenunterstützung.

10. Krankenunterstützung wird im Verlauf eines Jahres bis zur Höchstbauer von zwölf Wochen gezahlt, ganz gleich, ob die Krankheit in einem Zuge fortdauert oder ob sie durch zeitweilige Erwerbstätigkeit unterbrochen wird. Das Jahr beginnt mit dem ersten Unterstüzungstage und endet mit der 52. Woche danach, auch wenn die zwölf Unterstüzungswochen nicht erreicht worden sind.

11. Mit dem Ablauf der Unterstützung innerhalb der 52 Wochen beginnt ein neues Wartejahr von 52 Wochen. Liegen der Gesamtdauer der Unterstützung mehrere Krankheitsfälle zugrunde, so werden alle Unterstüzungstage und -Wochen als zusammenhängend vom ersten Unterstüzungstage gezählt, und dann läuft vom Schlusstage an das neue Wartejahr. In diesem Wartejahr muß das Mitglied mindestens 44 Wochen lang erwerbstätig gewesen sein und für diese Zeit Beiträge gezahlt haben.

12. Die Krankenunterstützung wird nach folgender Skala gezahlt:

Beitragsklasse	Beitrag	Tägliche Unterstüzungssätze nach einer Mitgliedschaftsdauer über			
		2 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	8 Jahre
1	40	40	45	55	65
2	50	45	50	60	70
3	60	50	55	65	75
4	70	60	70	80	90
5	80	70	80	90	100
6	90	80	90	100	110

13. Arbeitslosenunterstützung kann den Mitgliedern am Wohnorte (Sitz des Zweigvereins) und auf der Reise gewährt werden.

14. Die Arbeitslosenunterstützung am Orte wird im Verlaufe eines Jahres bis zur Höchstbauer von acht Wochen (für 48 Tage) gezahlt. Für Arbeitslosigkeit in den Monaten Januar und Februar wird keine Unterstützung gezahlt. Das Unterstüzungsjahr beginnt mit dem ersten Unterstüzungstage und endet mit der 52. Woche danach, auch wenn die acht Unterstüzungswochen nicht erreicht sind.

15. Mit dem Ablauf der achtwöchigen oder auch einer kürzeren Unterstüzung innerhalb der 52 Wochen beginnt ein neues Wartejahr von 52 Wochen. Die Berechnung des Wartejahrs geschieht nach der Bestimmung in Ziffer 11.

16. Die Höhe der Ortsunterstützung regelt folgende Skala:

Beitragsklasse	Beitrag	Tägliche Unterstüzungssätze nach einer Mitgliedschaftsdauer über			
		2 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	8 Jahre
1	40	—,75	—,90	1,05	1,20
2	50	—,80	—,95	1,10	1,25
3	60	—,85	1,—	1,15	1,30
4	70	1,—	1,15	1,30	1,45
5	80	1,20	1,35	1,50	1,65
6	90	1,40	1,55	1,70	1,85

17. Die Arbeitslosenunterstützung auf der Reise darf in der Regel 1 Mk. pro Tag nicht übersteigen. Die Reiseunterstützung wird auch für Sonn- und Feiertage gezahlt. Werden größere Reisefreuden auf der Eisenbahn zurückgelegt, so darf die Unterstützung für eine zusammenhängende Fahrt höchstens 3 Mk. betragen. In solchen Fällen wird das Eisenbahnticket mit 3 Pfg. berechnet. Bei vorliegendem Arbeitsangebot von einer Zweigvereinsverwaltung kann die Unterstützung (bis zu 3 Mk.) auch am Abreiseorte im voraus bezahlt werden.

Rappen geschaffen werden. Die Ansprüche an diese Riesendruckerei, die heute ein Personal von fast 2½ tausend Köpfen beschäftigt, sind in den letzten Jahren gewaltig gewachsen, und seit kurzem ist es der Technik gelungen, eine der schwierigsten Probleme zu lösen, das lange die Ingenieure beschäftigte: die Konstruktion einer Druckmaschine, die es ermöglicht, Briefmarken im Rotationsdruck herzustellen. Seit kurzem ist diese neue Maschine in Betrieb, fortlaufend stellt nun aus ihrem Innern Papier, das flingenden Wert hat, und wenn 24 Stunden vorüber sind, ist eine Million neuer Briefmarken verwendungsbereit. Die Schwierigkeit bestand in der Herstellung einer Maschine, die bei gewaltiger Leistungsfähigkeit im Rotationsdruck zugleich jenen absolut scharfen Druck liefert, der sonst nur mit der Flachpresse zu erzielen ist. Erst nach langen Mühen gelang es, einen Apparat zu schaffen, der bei größter Druckschnelligkeit auch die zarten Linien des Briefmarkenbildes mit allen ihren Feinheiten der Farbe und Schattierungen herausbringt. Der Raie macht sich nur schwer eine Vorstellung von der Summe geistiger Arbeit, die geleistet werden mußte, ehe die heutige Methode des Briefmarkendruckes errungen war. Das Papier, das heute raslos und scheinbar endlos in die Maschine läuft, um am andern Ende als fertig perforierte Briefmarkenstreifen wieder herauszukommen, ist schon fertig gummiert. Diese Gummiierung hat viel Kopfzerbrechen verursacht, bis eine Walze konstruiert wurde, die einen ständig vorüberlaufenden Papierstreifen mit Klebstoff tränkt. Aber nun kommt alles darauf an, die Klebstoffe so lange vor Verhärtung mit andern Körpern zu schützen, bis sie ganz trocken ist. Dazu ist ein sehr geschickt angeordnetes Leitwerk geschaffen, durch das das nasse, frisch gummierte Papier auf dünnen Querschnitten langsam an der Decke eines stark erhitzten Saales dahingleitet. Durch viele Krümmungen führt der Weg dieses Papieres, der Streifen braucht ¼ Stunden, um seinen Rundlauf zu beenden, dann aber ist er trocken und braucht nur noch die Drehvorrichtung und einen Glättapparat zu passieren, um dann in die Rotationsmaschine überzugehen. Hier hat also die Technik bei Vereinfachung der Arbeit eine gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit zu schaffen vermocht; bei dem schwierigeren Druck der Banknoten und Kassenscheine dagegen ist man noch bei dem alten, sehr genauen Kupferdruckverfahren geblieben.

Unzählige Schutzmaßnahmen begleiten die Banknoten auf ihrem Werdegang vom einfachsten Papierfetzen zum begehrten Gelbes-

beiträge.  
1. Die regelmäßigen Verbandsbeiträge (für die Hauptkassen) werden in jedem Jahre für 44 Wochen erhoben. Die Beiträge werden nach der Lohnhöhe abgestuft. Innerhalb eines Lohngebietes zahlen alle gelernten Arbeiter den höheren und die ungelernen Arbeiter den niederen Beitrag. Die den gelernten Arbeitern zuzurechnenden Gruppen werden vom Verbandsvorstand festgestellt.  
2. Für die Beitragsleistung an die Hauptkasse gilt folgende Skala:

Beitragsklasse	Bei Stundenlöhnen	Beitrag
1	bis einschließlich 35 $\mathcal{L}$ . . . . .	40 $\mathcal{L}$ pro Woche 17,60 $\mathcal{M}$ pro Jahr
2	über 35 bis einschließlich 45 $\mathcal{L}$	50 $\mathcal{L}$ pro Woche 22— $\mathcal{M}$ pro Jahr
3	über 45 bis einschließlich 55 $\mathcal{L}$	60 $\mathcal{L}$ pro Woche 26,40 $\mathcal{M}$ pro Jahr
4	über 55 bis einschließlich 65 $\mathcal{L}$	70 $\mathcal{L}$ pro Woche 30,80 $\mathcal{M}$ pro Jahr
5	über 65 bis einschließlich 75 $\mathcal{L}$	80 $\mathcal{L}$ pro Woche 35,20 $\mathcal{M}$ pro Jahr
6	über 75 $\mathcal{L}$ . . . . .	90 $\mathcal{L}$ pro Woche 39,60 $\mathcal{M}$ pro Jahr

3. Zur Gründung von Lokalkassen zwecks Verwaltung der Zweigvereine u. w. d. a. wird in allen Zweigvereinen ein Zuschlagsbeitrag für mindestens 44 Wochen im Jahre erhoben. Dieser Zuschlagsbeitrag darf 20 Prozent des Verbandsbeitrags nicht überschreiten und 40 Prozent des eigenen nicht übersteigen.

### (Beitragsermäßigung)

1. Mitglieder, die wegen Alters und Invalidität erwerbsbeschränkt sind, zahlen einen Beitrag, der ihrem Lohne entspricht. Die Feststellung der Erwerbsbeschränktheit ist Sache des Zweigvereins.

2. Mitglieder, die vorübergehend mindestens vier und nicht über 13 Wochen in einem andern Berufe mit niedrigeren Löhnen als im Baugewerbe arbeiten, zahlen einen Beitrag, der ihrem Lohne entspricht, jedoch nicht unter 40 Pfg. pro Woche und nur nach vorheriger Feststellung des Sachverhalts durch den Zweigverein.

3. Für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter besteht ein besonderes Statut.

Zur Begründung wird gesagt:

„Der jetzige Vorschlag zur Aenderung der Unterstützungsbedingungen wird gemacht, weil die Einführung der Arbeitslosenunterstützung dem Verbandsvorstand als eine unabwendbare Notwendigkeit erscheint und weil die Durchführungsmöglichkeit nicht länger bezweifelt werden kann. Die Erhaltung menschenswürdigem Arbeitsverhältnisse muß und wird im Deutschen Bauarbeiterverband immer im Vordergrund stehen und seine erste Aufgabe sein. Zur Verfolgung und Durchführung dieser Aufgabe müssen ungeheure Summen bereitgestellt und zeitweilig verausgabt werden. In Hinsicht darauf erscheinen ernste Zweifel nicht unberechtigt, ob es denn überhaupt möglich ist, die Mittel aufzubringen, die zur Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband nötig sein werden. Auch der Verbandsvorstand hat, wie aus früheren Diskussionen bekannt ist, lange diese Zweifel gehegt. Aber nach den angestellten Wahrscheinlichkeits-Berechnungen und hinsichtlich der organisatorischen Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung müssen die Zweifel verkommen. Allerdings darf nur vorsichtig und tastend vorgegangen werden. Im Deutschen Bauarbeiterverband müssen zunächst die beiden schlimmsten Wintermonate Januar und Februar bei der Arbeitslosenunterstützung ausgeschaltet werden. In diesen beiden Monaten ist nach den bisherigen Statistiken über die Hälfte aller baugewerblichen Arbeiter wegen Witterungsverhältnissen arbeitslos. Da muß vorläufig noch die Hilfe der Organisation versagen. Nach einigen Jahren praktischer Erfahrung wird es vielleicht möglich sein, zunächst einen und später den andern Monat in die Unterstützung einzubeziehen. Dennoch ist der Vorschlag des Verbandsvorstands, die Arbeitslosenunterstützung für zehn Monate im Jahre einzuführen, kein Schemen, es ist keine Unterstützung, die etwa nur als Dekoration anzusehen wäre, sondern auch in den Monaten März bis einschließlich Dezember ist der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe so hoch, daß mit der Arbeitslosenunterstützung sehr viel Not gelindert wird. Die Summe, die zu dieser Unterstützung notwendig ist, wird sich nach dem jetzigen Mitgliederstande in normalen Jahren auf rund drei Millionen Mark belaufen.“

Selbstverständlich muß auch für diese Ausgabe über den jetzigen Vermögensstand hinaus Deckung beschafft werden. Es ist nicht angängig, daß die derzeitigen und die aus den jetzigen Beiträgen im nächsten und übernächsten Jahre zu erwerbenden Gelder des Verbands für die Arbeitslosenunterstützung bereitgestellt werden. Der Grundstock für diese Unterstützung ist durch eine Beitragserhöhung aufzubringen und sicherzustellen.“

Der Bauarbeiterverband wird zu dieser hochwichtigen Frage in einer außerordentlichen Generalversammlung im Januar oder Februar 1913 Stellung nehmen. Zweifelloß wird sich im „Grundstein“ demnächst eine umfangreiche Diskussion über die Erwerbslosenunterstützung entzipfen.

werte. Schon das Papier, das aus fremden Fabriken stammt, durchläuft eine ganze Reihe von Kontrollen. Es kommt in Bogen, aus dem vier oder acht Scheine gedruckt werden können, und enthält bereits jene charakteristischen farbigen Fasern und das Wasserzeichen. In einem geschlossenen Raume werden diese Pakete geöffnet und sofort gezählt. Die Tür zu diesem Heiligum verschließt sich automatisch; wer eintreten will, muß vorher eine Klingel in Bewegung setzen. Schon das unbedruckte Papier wird in gewaltigen Kassenschränken verwahrt, und alle Arbeiten, die dann folgen, vollziehen sich in käfigartigen Gehäusen. Man muß zuerst an Raubtierfänge denken, wenn man die langen Reihen junger Mädchen sieht, von denen jedes einzelne beim Nachzählen und Revidieren innerhalb eines eigenen Drahtgitters sitzt. Damit wird verhindert, daß Unbefugte dem Arbeitsplatze sich nähern, auf dem die blauen und die braunen Lappen zu hohen Stapeln aufgetürmt liegen. Die Scheine werden den Mädchen vorgezählt; dann beginnt mit dem Millimetermaß die Nachprüfung der Größe, es wird kontrolliert, ob das Papier sich beim Druck verändert hat, ob die Wasserzeichen richtig stehen und ob das Exemplar vollkommen fehlerlos ist. Kleine Unregelmäßigkeiten der Farbe werden beseitigt, fehlerhafte Exemplare aber ausgeschlossen und vernichtet. Dieser sorgfältigen und umständlichen Behandlung der Scheine vor ihrer Ausgabe verbanen wir es, daß Deutschland heute das exakteste Papiergeld der Welt besitzt.

Aber das Arbeitsfeld der Reichsdruckerei beschränkt sich nicht auf die Banknoten und die Briefmarken; hier wird das Reichskursbuch gedruckt und zahllose andre Wertpapiere. Welch gewaltige Arbeitssumme geleistet wird, mag eine zahlenmäßige Zusammenstellung der im Jahre 1910 fertiggestellten gelbvertenen Papiere andeuten. Es wurden hergestellt 3 983 585 Reichskassenscheine, 10 540 330 Reichsbanknoten, 27½ Millionen sonstiger Wertpapiere, über 4665 Millionen Briefmarken, mehr als 471 Millionen Postkarten und Posteinweisungen, 435 Millionen Versicherungsmarken, 414 Millionen Zigarettensteuermarken und rund 367 Millionen andre Wertmarken. Allein an Postmarken werden damit im Durchschnitt täglich rund 15½ Millionen Exemplare hergestellt. Und rechnet man alle die andern Wertzeichen und Banknoten dazu, so hat die Reichsdruckerei 1910 täglich mehr als 21 Millionen Stück gelbwerter Papiere ausgegeben; ein Vermögen, das nach vielen, vielen Milliarden zählt.